

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Vor den anstehenden Wahlen: Die Partei die Linke wahrt eine Chance – Seite 4*
- *Die Bundeswehr bleibt in Afghanistan: Eskalations- statt Exit-Strategie – Seite 7*
- *HIER, wo ich lebe, will ich wählen – Seite 12*
- *Ver.di-Bundeskongress: Kampf gegen Rechts-extremismus - ein wichtiges Anliegen der Mitgliedschaft – Seite 15*
- *Wo die Solidarität unter den Menschen aufhört, fängt der Faschismus an – Seite 19*

Ausgabe Nr. 21 am 19. Oktober 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNNVerlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50825 Köln, Venloer Str. 440, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles. Die Mitteilungen der „ARGE Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50825 Köln, Venloer Str. 440 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Halbjahres/Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 27,30/54,60 €, Sozialabo: 23,40/46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Weiter Streit um Post-Mindestlohn

Handelsblatt, 11.10., Berliner Zeitung, 13./14.10. rül. Der Bundesrat hat auf seiner Sitzung am 12. Oktober keine Einwände gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgebracht, nachdem Tarifverträge für Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufgenommen werden sollen. Damit rückt die Ausweitung des Entsendegesetzes auf Briefdienstleistungen zum 1.1.2008 näher. Umso heftiger wird der Streit, welche Mindestlöhne für Briefdienstleistungen gelten sollen. So bereitet das Wirtschaftsministerium von Glos eilig eine Gesetzesnovelle vor, die zum 1.1.08 eine steuerliche Gleichbehandlung der Post AG und der privaten Zustelldienste bei der Mehrwertsteuer erreichen soll – wobei offen ist, was dabei aus dem Auftrag der Flächenversorgung wird, den bisher nur die Post AG erfüllt. Die Gewerkschaft Verdi und der Verband der Postunternehmen, angeführt von der Post AG, wollen einen Mindestlohn für Briefzusteller zwischen 8 Euro in Ostdeutschland und 9,80 Euro in Westdeutschland und verlangen, Bundesarbeitsminister Müntefering solle ihren Tarifvertrag per Entsendegesetz zum 1.1.08 allgemeingültig erklären. Ein neugegründeter Verband der privaten Brief- und Zustelldienste, angeführt von Unternehmen wie der PIN AG und der holländischen TNT, faktisch gesteuert von großen Zeitungsvorlagen wie dem Springer-Konzern, der Holtzbrinck-Gruppe und anderen, denen diese Unternehmen gehören, wollen wie bisher nur Mindestlöhne von 5 bis 6 Euro zahlen, was für die Beschäftigten bedeutet, dass sie mit ihren Niedrigeinkommen Anspruch auf Aufstockung durch ALG-II haben. Faktisch würden die Zeitungskonzerne so für ihre Beschäftigten Löhne zahlen, die durch steuerlich finanzierte Leistungen subventioniert sind. Der Verband dieser Unternehmen wird pikanterweise angeführt vom früheren Chef der Agentur für Arbeit, Florian Gerster. Am 11.10. berichtete das „Handelsblatt“, überraschend habe sich eine „Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste e.V.“ gegründet. Bisher sei von der neuen Gewerkschaft nur eine Homepage bekannt, sie strebe aber an, einen eigenen Tarifvertrag mit dem Verband von PIN AG u.a. abzuschließen. Kommentar des Blatts: „Würde es den Wettbewerbern gelingen, einen eigenen Tarifvertrag mit einer weiteren Gewerkschaft abzuschließen, gäbe es massive verfassungsrechtliche Hindernisse, den vorliegenden, höheren Tarifvertrag für allgemeinverbindlich zu erklären“. Die Absicht ist durchsichtig: Eine gelbe, von den Konzernen gesteuerte Scheingeschwerkschaft soll einen Pseudotarifver-

trag abschließen, um Elendslöhne im Zustelldienst zu sichern. Es wird spannend, wie sich Angela Merkel zu dieser Billiglohnkampagne ihrer Freundin Friedel Springer & Co. verhält.

IG Metall klagt vor dem Verfassungsgericht gegen Höhe von ALG II

www.dgb.de, 8.10. alk. Die IG Metall unterstützt eine Klage beim Bundesverfassungsgericht, mit deren Hilfe die Höhe des Regelsatzes für Alg II-Bezieher von 345 Euro überprüft werden soll (Aktenzeichen 1 BvR 1840/07). Nach Meinung der Gewerkschaften ist der Alg II-Satz zu niedrig bemessen, um Langzeitarbeitslosen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Mit der Verfassungsklage soll zudem überprüft werden, ob die pauschale Berücksichtigung einzelner Leistungen im Alg II-Satz mit dem individuellen Rechtsanspruch auf Sicherung des Existenzminimums vereinbar ist. Die IG Metall und der DGB erwarten, dass das Verfassungsgericht Vorschriften für eine geänderte gesetzliche Regelung trifft und erhofft, dass es dann auch Nachzahlungen für ALG II-Bezieher gibt. Daher fordern die Gewerkschaften Betroffene auf, rechtzeitig Widerspruch gegen ihren Alg II-Beschied einzulegen.

Kinderzuschlag für Arme?

Handelsblatt, 11.10. rül. Die Debatte um die wachsende Kinderarmut hatte vor einiger Zeit in der Bundesregierung zu der Idee geführt, den sogenannten „Kinderzuschlag für Arme“ innerhalb von Hartz IV neu zu gestalten, damit der Kreis der Bezieher/innen größer wird. Familienministerin von der Leyen hatte im Sommer medienwirksam verkündet, sie wolle die Zahl der Kinder bzw. der Familien, die diese Leistung erhalten, „verdreifachen“. Die seit 1.1.2005 geltende Regelung, nach der Familien, deren Einkommen knapp oberhalb von Hartz IV-Ansprüchen liegt, unter bestimmten Umständen einen „Kinderzuschlag“ von maximal 140 Euro im Monat erhalten dürfen, ist so restriktiv, dass die Agentur für Arbeit 80 Prozent aller Anträge abweist. Nur etwa 120.000 Kinder beziehen derzeit einen solchen Zuschlag, ausgezahlt wurden 2006 138,6 Mio. Euro, d.h. pro Kind und Monat ca. 97 Euro. Da sich die Regierungsfraktionen nicht einigen können, wie der Kreis der Berechtigten ausgeweitet werden soll, hat das Bundeskabinett nun am 10. Oktober beschlossen, die bisherige Regelung zu entfristen. Ohne diese Änderung würden ca. 40.000 Kinder zum 1.1.08 aus dem Bezug herausfallen, weil der „Kinderzuschlag“ bisher auf maximal 36 Monate befristet war. Bis November sollen die Minister

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Müntefering, von der Leyen und Tiefensee nun versuchen, eine Neuordnung zu vereinbaren, um die angekündigte Verdreifachung des Berechtigtenkreises zu erreichen.

Italien: EU verlangt Kürzung der Sozialausgaben

FTD. 11.10. hav. „Ich werde Italien nicht in den Abgrund schicken“, mit solch drastischen Worten wies der italienische Premierminister Romano Prodi die Kritik des EU-Währungskommissars Joaquin Almunia an dem neuen Haushaltsentwurf zurück. Almunia hatte die Pläne, Staatsausgaben abzubauen und das Haushaltsdefizit zu reduzieren, als nicht ausreichend genug bezeichnet. Die Pläne der Mitte-links-Regierung sehen für 2008 ein höheres Budget von 11 Mrd. Euro vor. Davon entfallen 8 Mrd. Euro auf Mehrausgaben, der Rest soll der Entlastung einkommensschwacher Schichten dienen. Neben der Kürzung des Verteidigungshaushalts um 25 Prozent will Prodi die Mehrausgaben mit Steuermehreinnahmen finanzieren. Almunia forderte, die zusätzlichen Einnahmen statt für Sozialausgaben zur Reduzierung der Neuverschuldung zu verwenden. Auch die Gesamtschulden müssten unter Kontrolle gebracht werden. „Das sind Regeln, die für alle Mitgliedsstaaten gelten“, sagte Almunia. Italien liegt nach Angaben des Finanzministeriums mit einem Schuldenstand von 105 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) an der Spitze des Euro-Raums.

ÖGB gegen Entflechtungspläne der EU

Der Standard. 10.10. hav. Der österreichische Gewerkschaftsbund ÖGB lehnt die Pläne der EU-Kommission zur Abspaltung der europäischen Stromleitungsnetze von den Energiekonzernen ab. In einer Erklärung warnt der ÖGB vor steigenden Preisen, Arbeitsplatzverlust und mangelnden Investitionen in das Leitungsnetz, sollte die Trennung wie geplant durchgezogen werden. Die EU-Kommission argumentiert ihre Pläne dagegen mit dem Argument, dass damit die Preise sinken und die Versorgungssicherheit steigen würden. Bisher mussten die Stromkonzerne der EU ihre überregionalen Leitungsnetze lediglich in eine eigene Tochterfirma ausgliedern („Legal Unbundling“). Künftig sollen diese Tochterfirmen nach den Plänen der Kommission entweder verkauft, an die Börse gebracht oder an eine unabhängige Betreiberfirma verpachtet werden („Ownership Unbundling“). Der ÖGB kritisiert, dass dieser zweite Schritt nun durchgezogen wird, noch bevor das „Legal Unbundling“ in allen Mitgliedsstaaten „verdaut“ wurde. Die Kommission sei bisher jeden Beweis

schuldig geblieben, dass die Entflechtung tatsächlich zu mehr Versorgungssicherheit führe, kritisierte der ÖGB. Er befürchtet, dass die Entflechtung von Netzbetrieb und Stromproduktion in weiterer Folge zur Privatisierung staatlicher Konzerne führen könnte.

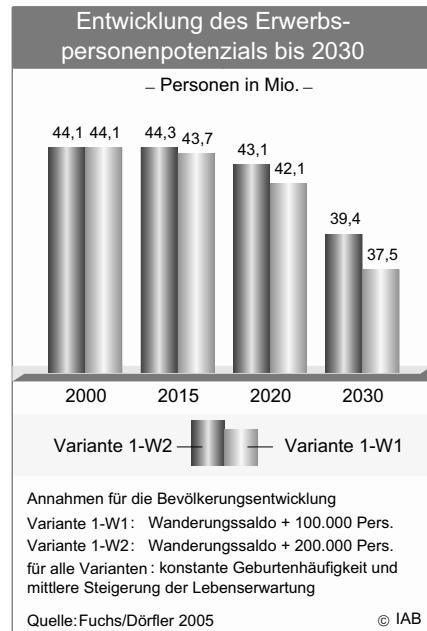
Kapital fürchtet Verbraucherklagen

FTD. 11.10. hav. Die EU-Kommission will privatrechtliche Ansprüche gegen Unternehmen fördern, die die EU-Kartellregeln verletzt haben. Parallel wird die Einführung von Sammelklagen erwogen. Dies soll es Verbrauchern ermöglichen, gemeinsam etwa gegen Anbieter mangelhafter Produkte vorzugehen. Ziel ist es unter anderem, Unternehmen vor Rechtsverstößen zurückzuschrecken zu lassen. Konkrete Vorschläge werden für 2008 erwartet. In einzelnen EU-Ländern wie Schweden und Portugal gibt es bereits erweiterte Klagemöglichkeiten für Konsumenten. In Deutschland bietet das Gesetz für Kapitalanleger-Musterverfahren (KapMuG) erstmals die Möglichkeit, Klagen von Aktionären über Musterverfahren zu bündeln. Verbraucherschützer begrüßen die EU-Pläne. Europäische Unternehmen lehnen sie jedoch ab. Nach einer Studie die der Bundesverband der Industrie BDI zum Thema vorgelegt hat, reichen die bestehenden Möglichkeiten völlig aus, um Geschädigte zu ihrem Recht kommen zu lassen. Eine EU-Initiative würde die unterschiedlichen Rechtstraditionen der Mitgliedsländer ignorieren sowie die Tür für Missbrauch und wirtschaftlichen Schaden öffnen. Die Verfasser verweisen auf die USA: Die dortige „Klageindustrie“ kostet Konzerne schätzungsweise 260 Milliarden Dollar im Jahr.

Betriebe stellen sich nicht auf alternde Belegschaften ein

www.iab.de, 11.10. alk. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit stellt in seinem jüngsten Kurzbericht eine Untersuchung vor, wie sich voraussichtlich die Erwerbsbevölkerung entwickeln wird. Die erste Schlussfolgerung: „Realistische Szenarien der demographischen Entwicklung und Prognosen des Erwerbspersonenpotenzials zeigen, dass der deutsche Arbeitsmarkt in den nächsten 20 Jahren vor allem die Alterung und nicht so sehr die Schrumpfung des Arbeitsangebots bewältigen muss. Dabei wird allerdings eine deutliche Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer unterstellt, wie sie auch den politischen Zielvorgaben entspricht.“

Danach könnte man erwarten, dass sich die Betriebe darauf einstellen, in-



dem sie zum einen allmählich dafür sorgen, dass auch ältere Beschäftigte gesundheitlich durchhalten können. Und zum anderen, dass sie auch den Anteil der älteren Beschäftigten erhöhen. Die Ergebnisse sind leider anders: „Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2006 zeigen aber, dass über 50-Jährige bei Neueinstellungen nur schlecht vertreten sind. Schlimmer noch: Der Anteil der Betriebe, die Maßnahmen für Ältere praktizieren, nimmt ab statt zu.“

Und als Fazit ziehen die Forscher des IAB: „Die Befunde zeigen, dass sich die meisten Betriebe noch zu wenig auf die demographischen Herausforderungen einstellen – entgegen der Hoffnungen und Verlautbarungen in Politik und Verbänden. Ohne wesentliche Veränderungen in der betrieblichen Gesundheitsförderung, Weiterbildung und Arbeitsorganisation ist eine deutliche und nachhaltige Erhöhung der Beschäftigungsquote Älterer aber reichlich unrealistisch.“

Gerade diesbezüglich ist aber nochmals auf ein Ergebnis aus den Bevölkerungsvorausberechnungen hinzuweisen, das an sich banal ist, aber in der Debatte oft übersehen wird: Die Babyboomer werden in den nächsten rund 20 Jahren zu „Älteren“ am Arbeitsmarkt. Wie eine Bugwelle wird ihre Zahl bis etwa 2025 um rund 40 Prozent steigen. Diese demographischen Veränderungen werden sich regional sehr unterschiedlich darstellen. In manchen Landkreisen in Deutschland wird die Zahl der Älteren sogar um zwei Drittel und mehr steigen. Es stellt sich die Frage, ob die bisher dominierende Methode der Aufklärungskampagnen wirklich erfolgreich war. Allenfalls die Annahme, dass die Verbreitung von Maßnahmen zum alter(n)sgerechten Arbeiten ansonsten noch stärker zurückgegangen wäre, würde diese Sicht gestatten.“

Zusammenstellung: alk

Vor den anstehenden Wahlen:

Die Partei die Linke wahrt eine Chance

Bei den Landtagswahlen, die in den kommenden Monaten in Hessen, in Niedersachsen und in Hamburg anstehen, können die Wählerinnen und Wähler die neue Partei Die Linke zur festen Größe im System der repräsentativen Demokratie der BRD machen. Die PDS entstand im Osten, weil eine Partei gebraucht wurde, geeignet und gewillt, die spezifischen sozialen und politischen Erfahrungen der DDR-Bürger unter den neuen – und fremdbestimmten – Verhältnissen zum Tragen zu bringen. Der Anlage nach war die PDS von An-

fang an eine linke Volkspartei, die im Westen auf eine Kritikbewegung traf, die, keineswegs ohne Einfluss auf die Entwicklung der öffentlichen Meinung, als Kraft im parlamentarischen System nicht in Frage kam. Eine Ausnahme bildete die Arbeit auf der kommunalen Ebene. Das hat mit der politischen Struktur zu tun, denn hier geht es nicht um Gesetzgebung, sondern um Selbstverwaltung. Praktisch wichtig war, dass in einigen Bundesländern die 5%-Hürde in Gemeinden nicht bestand bzw. vor den Gerichten nicht Bestand hatte. In

die Nähe eines Stimmenpotentials von 5% und mehr kam die PDS im Westen selbst dort nicht, wo die Erfolge bei den Kommunalwahlen durchaus auf breitere Zustimmung schließen ließen.

Eine neue Situation entstand erst mit der Gründung der WASG, die bewirkte, dass die Menschen, denen die SPD nichts mehr zu sagen hatte, nicht wie vorher zu politischer Bedeutungslosigkeit verurteilt blieben. Einen mächtigen Vortrieb erfuhr die neue Strömung durch das Ergebnis der Bundestagswahl, als sich nämlich herausstellte,

Die politischen Schwerpunkte unserer künftigen Arbeit Lothar Bisky, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, auf der Pressekonferenz am 15.10.07 im Berliner-Karl-Liebknecht-Haus zu den Ergebnissen der Vorstandssitzung

Nächstes Wochenende werden sich in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg die Landesverbände gründen. Am vergangenen Wochenende hat sich der Landesverband Bremen konstituiert. Landessprecher sind Axel Troost und Cornelia Bath. Der Vereinigungsprozess ist weit voran geschritten. Der Zug ist nicht mehr aufzuhalten. Wir dürfen aber dabei nicht vergessen, wozu wir da sind – die Sorgen der Menschen in die Parlamente zu tragen. Deshalb freue ich mich, dass wir uns wieder mehr den Inhalten zuwenden können. Ich merke, die SPD will jetzt die Probleme erfolgreich lösen, die es ohne SPD gar nicht gäbe. Darauf will ich aber nicht weiter eingehen, sondern auf die Sitzung des Parteivorstandes am Samstag, auf der wir die politischen Schwerpunkte der künftigen Arbeit bestimmt haben.

Das sind: die Weiterführung der Mindestlohnkampagne in Verbindung mit dem Kampf gegen Lohndumping, Befristung von Arbeitsverhältnissen, Minijobs, Leiharbeit und Hartz IV; der Kampf gegen Altersarmut und gegen die Rente mit 67; die Restaurierung des Sozialstaates, die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge und sozialer Dienstleistungen und unser friedenspolitisches Engagement, vor allem für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan und die Stärkung der zivilen Hilfe.

Die Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn wird weitergeführt und inhaltlich erweitert. DIE LINKE fordert die gesetzliche Begrenzung der Leiharbeit und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die Beschäftigten in den Leiharbeitsbetrieben. Einen entsprechenden Beschluss hat der Parteivorstand gefasst.

Leiharbeit boomt. Rund 800.000 Beschäftigte müssen in Leiharbeit arbeiten. Sie sind massivem Lohndumping ausgesetzt. Durchschnittlich verdienen sie 40 Prozent weniger als die Stamm-

belegschaften. Die zeitlich unbegrenzten Leiharbeitsverhältnisse, die wechselnden Arbeitsplätze und die Unsicherheit des Arbeitsplatzes machen eine normale Lebensplanung unmöglich. Die Bundesregierung hat sich bisher selbst geringfügigen Verbesserungen auf europäischer Ebene widergesetzt.

Kernforderungen der LINKEN für die gesetzliche Regelung zur Leiharbeit sind:

für gleiche Arbeit sowie gleiche Arbeitsbedingungen mindestens die gleiche Vergütung erhalten

zusätzlich zur Entlohnung fordern wir eine Flexibilitätsvergütung, die kann auch in Form von bezahlter Freistellung abgegolten werden kann

eine Befristung der „Entleihung“ auf maximal sechs Monaten in einen Betrieb

Leiharbeitsfirmen dürfen ihre Beschäftigten nur unbefristet beschäftigt, damit erhalten diese den vollen Kündigungsschutz nach Ablauf der sechsmaligen Wartezeit. Der Einsatz als „Streikbrecher“ ist verboten.

Eine der größten politischen Herausforderungen in Deutschland ist die Kinderarmut. Auch mit diesem Thema hat sich der Parteivorstand beschäftigt. Die Politik der Großen Koalition und der Vorgängerregierung hat dazu geführt, dass 2,5 Millionen Kinder auf oder unter Sozialhilfenebene leben müssen. Warme Worte von Vizekanzler Müntefering helfen den Betroffenen nicht. Arme Kinder können nicht warten, bis die Debatte in der SPD um die katastrophalen Folgen von Hartz IV gerade für Kinder endlich praktische Politik werden. Seit vier Jahren weise ich darauf hin, dass Hartz IV zu mehr Kinderarmut führt und wurde von der SPD dafür immer wieder der Lüge bezichtigt. Jetzt liegen die Zahlen auf dem Tisch.

DIE LINKE fordert von der Bundesregierung endlich wirksame Maßnah-

men zur Überwindung von Kinderarmut. Dazu gehören:

1. Ausbau der öffentlichen Infrastruktur für Kinder

- Einführung eines Rechtsanspruch auf Bildung, Betreuung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen bis zum 10. Lebensjahr

- Beschleunigten Ausbau gebührenfreier, öffentlicher und steuerfinanzierter Kitas

- Abschaffung des gegliederten Schulsystems und die Einführung der Gemeinschaftsschule

2. Ausbau der öffentlichen Infrastruktur darf nicht zu Lasten der finanziellen Unterstützung von Kindern gehen

Entsprechende Pläne der SPD lehnen wir ab

- Kinder müssen einen eigenständigen Anspruch auf Grundsicherung haben

- Kindergeld darf nicht länger auf Hartz IV angerechnet werden

- Der Kinderzuschlag soll ausgebaut werden und Kindern ein Existenzminimum von 420 Euro garantieren.

3. Folgen der Armut bekämpfen

- Wiedereinführung der Einmalzahlung für den Schulbedarf bei Hartz IV und finanzielle Unterstützung bei Schulbüchern und Klassenfahrten;

- Keine Anrechnung von Geschenken zur Jugendweihe, Konfirmation, Kommunion etc.

- Ausbau der Mittagsverpflegung an Kitas und Grundschulen; jedes Kind hat Anspruch auf ein gesundes, vollwertiges und gebührenfreies Mittagessen.

DIE LINKE wird mit ihrer Kita-Kampagne für diese Ziele streiten. Der Parteivorstand hat die Fraktionen im Bundestag, den Landtagen, Kreistagen und Stadträten aufgefordert, das Problem der Kinderarmut stärker zu thematisieren und entsprechende Anträge einzubringen.

dass die Bevölkerung des Landes eine scharfe und erbarmungslos marktwirtschaftliche Sozialordnung nicht will. Dass bedeutende Kräfte der Wirtschaft und der Politik eine solche Ordnung wollen, ist heute eine in das Alltagsbewusstsein der Bevölkerung tief eingegrabene Erfahrung. Das Projekt der neuen Partei wird von einer öffentlichen Meinung getragen, die weit über den Kreis der potentiellen Wählerinnen und Wähler hinausreicht. Sie wird als eine Kraft gewünscht, die im sozialen Leben den Trend zu Ausgrenzung und Verarmung stoppt und im politischen Bereich vor allem die Verstrickung des Staates in Kriege auflöst.

Diese Situation ist für die Partei keineswegs einfach. Sie muss auf die Hoff-

nungen, aus denen sie geboren ist, mit konkreten politischen Schritten antworten, mit dem Anspruch, dass das zu Ergebnissen führt, die ihr zugerechnet werden. Gäbe es nicht die schon über ein Jahrzehnt hinaus gefestigte Beziehung zwischen Wählern, Partei und parlamentarischer Politik, wäre die Aufgabe kaum zu bewältigen. Der Gefahr, um der schnellen Zustimmung willen in eine Politik der leeren Versprechungen abzugleiten, wäre kaum auszuweichen.

Umso wichtiger ist es, dass die Partei diesen Weg nicht geht. Wir dokumentieren zwei Statements aus dem Parteivorstand, die klar auf erreichbare Ziele ausgerichtet sind. Es wird sich zeigen, ob eine Verknüpfung der Kritik und des tiefen Unmutes der Bevölkerung mit

von der Partei angesprochenen „kleinen“ politischen und sozialen Zielen glückt. Das ist auch eine Frage an den Teil der Aktiven in der Partei und in den sozialen Bewegungen, die bereits in der Formulierung solcher Forderungen eine Entwertung ihrer Kritik und ihres Protestes sehen. – Die Entscheidung der Partei, aus einer Haltung vor allem des Protestes herauszutreten und Ziele aufzustellen, verdient auf jeden Fall Respekt. Auf jeden Fall genügen die vorgelegten Ziele zwei Ansprüchen: Sie sind auch für Wählerinnen und Wähler anderer parteipolitischer Orientierung anschlussfähig und sie stehen im Einklang mit den Werten von sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und Frieden.

Martin Fochler

„Wir sind die einzige Partei, die auf die gesetzliche Rente setzt“ Klaus Ernst, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE, zur Rentenkampagne und zur Grundsicherung

Ich möchte Ihnen noch mal die wesentlichen inhaltlichen Positionen zur Rente erläutern. DIE LINKE will im Gegensatz zu dem, was gegenwärtig die Bundesregierung plant und auch schon beschlossen hat, dass die Rente wieder Lebensstandard sichernd ist. Im Prinzip sollen 70 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens die Einzahler erreichen.

Das Beitragssatzdogma muss aufgehoben werden. Sie wissen, die ganzen sozialdemokratischen Positionen, die sich in der Rente widerspiegeln, haben als obersten Grundsatz, dass die Beiträge nicht steigen dürfen, nämlich bis ins Jahr 2030 22 Prozent nicht übersteigen sollen. Das halten wir für grundsätzlich falsch. Im Übrigen ist es auch eine absolute Irreführung der Öffentlichkeit. Es ist ja so, dass die Beiträge für die Arbeitnehmer eben nicht paritätisch bei der Hälfte von 22 Prozent liegen, sondern wenn Arbeitnehmer privat vorsorgen, um ihr Niveau einigermaßen zu sichern, müssen sie zusätzlich bis zu 7 Prozent zu den bereits 11 Prozent privat aus ihrem Einkommen aufbringen und zahlen damit 18 Prozent. Beitragssatzdogma heißt eigentlich nur, dass die Beiträge für die Arbeitgeber stabil bleiben, nicht aber für die Arbeitnehmer. Wir wollen eine paritätisch finanzierte Rentenversicherung mit entsprechenden Beitragsszahlungen auch der Arbeitgeber.

Wir wollen die Kürzungsfaktoren, die dazu führen, dass das Rentenniveau in den nächsten Jahren dramatisch sinkt, zurücknehmen, und wir wollen in die Richtung einer Erwerbstätigenversicherung gehen. Das bedeutet, dass alle Bürger dieses Landes, die Erwerbseinkommen beziehen, in einer Versicherung sind. Das betrifft eben dann auch z.B. die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die Sonderregelungen haben, das betrifft aber auch alle anderen

Erwerbstätigen wie Beamte oder auch Selbstständige.

Der Hauptschwerpunkt, den wir auch in der Kampagne bearbeiten werden, ist die Rente mit 67. Die Bundesregierung sagt zwar, die Menschen sollen bis 67 arbeiten. Sie sagt aber nicht, wo und sie sagt auch nicht, wie sie das durchhalten sollen. Wir wissen, dass wir in diesem Punkt eine breite Zustimmung in der Bevölkerung haben, die ebenfalls der Auffassung sind, dass die Rente mit 67 Unfug ist, weil nach wie vor zu wenigen Arbeitsplätze insbesondere für junge Menschen vorhanden sind, die dann weiterhin in die Arbeitslosigkeit getrieben werden, weil die Alten nicht aus den Betrieben dürfen. Diesen Unfug wollen wir mit dieser Kampagne angehen. Wir wollen natürlich auch dafür eintreten, dass die Renten in Ost und West gleich sind, das heißt, dass sie im Osten angehoben werden.

Wir wollen natürlich auch einen Solidarausgleich in der Rente, für Zeiten von Arbeitnehmern, in denen sie keine Beschäftigung haben, weil sie arbeitslos sind oder andere Ausfallzeiten. Diese sollen entsprechend höher bewertet werden, so dass Menschen nicht, obwohl sie in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben, im Prinzip eine Rente unter dem Niveau der Grundsicherung im Alter bekommen.

Im Wesentlichen werden wir uns auf drei Punkte bei dieser Kampagne konzentrieren. Der erste Punkt ist die Rente mit 67. Wir werden deutlich machen, dass wir die einzige Partei sind, die tatsächlich konsequent gegen die Rente mit 67 ist. Alle anderen Parteien sind bei dieser Frage wachsweich. Dass in der Sozialdemokratie gerade darüber diskutiert wird, dass man möglicherweise den einen oder anderen Punkt wieder ein wenig vernünftiger gestalten will, verkennt die Tatsache, dass all das, worüber gegenwärtig diskutiert wird – Min-

destlohn oder die Frage der prekären Arbeitsverhältnisse (Leiharbeit usw.) – Dinge sind, die wir nur deshalb diskutieren, weil sie die Sozialdemokratie eingeführt hat.

Der zweite inhaltliche Schwerpunkt der Kampagne betrifft die Altersarmut. Wir wollen deutlich machen, dass wir bei dem gegenwärtigen Rentensystem, so, wie es gegenwärtig von der Bundesregierung verabschiedet ist, den direkten Weg in die Altersarmut gehen werden.

Als dritten Punkt in der Kampagne wollen wir deutlich machen, dass wir die einzige Partei sind, die tatsächlich auf die gesetzliche Rente setzt, weil wir davon überzeugt sind – und das zeigen alle Vergleiche, insbesondere mit den USA –, dass eine umlagefinanzierte Rente bei weitem sicherer, bei weitem krisenfester ist als es je eine durch Kapital gedeckte Rentenversicherung je sein könnte.

Wir sehen bei dieser ganzen Kampagne eine enge Verbindung zu dem, was die Gewerkschaften, aber auch andere Sozialverbände oder auch die Kirchen wollen. Und wir bieten uns den Gewerkschaften im Kampf gegen die Rente mit 67 als Partner an. Wir gehen davon aus, dass es uns gemeinsam mit den Gewerkschaften gelingen wird, diesen Unfug tatsächlich noch mal zu ändern und umzukehren. Diese Kampagne wird eine Zielrichtung bis zur Bundestagswahl 2009 haben. Sie haben angekündigt, das Thema zum Wahlkampfthema machen zu wollen.

Zum Thema Grundsicherung: Ein konstituierendes Element der früheren WASG und natürlich der Partei DIE LINKE ist der Kampf gegen das Arbeitslosengeld II und der Kampf gegen die Hartz-Gesetze. Wir haben beschlossen, dass wir als ersten Schritt um diese Unsäglichkeit von Armut per Gesetz, verändern zu können, den Regelsatz auf

435 Euro anheben wollen. Wir wollen vor allem die öffentlich geförderte Beschäftigung mehr in den Vordergrund stellen. Das bedeutet, dass Menschen tatsächlich wieder Arbeit haben und gar nicht in die Notwendigkeit einer staatlichen Unterstützung gelangen. Diese öffentlich geförderte Beschäftigung stellen wir uns sozialversicherungspflichtig vor, damit auch wieder Anspruch auf Arbeitslosengeld I entsteht. Wir stellen uns weiter vor, dass mindestens der Mindestlohn je nach Branche gewährt wird.

Ein wesentlicher Punkt unseres Kampfes gegen Arbeitslosengeld II besteht darin, dass wir eine deutlich längere Bezahlung von Arbeitslosengeld I wollen. Damit klinken wir uns natürlich in diese Debatte ein. Wir wollen allerdings darauf hinweisen, dass unsere Bundestagsfraktion schon vor einigen Monaten einen entsprechenden Antrag eingebracht hat, der ganz einfach ist, der nämlich sagt: Pro Beschäftigungsjahr, in dem in die Sozialversicherung eingezahlt wird, in dem Arbeitslosenversicherungsbeiträge entrichtet werden, entsteht ein Monat Anspruch auf Bezahlung. Das bedeutet in der Konsequenz, dass automatisch länger Beschäftigte, bzw. ältere Menschen, die logischerweise dann auch lange beschäftigt waren, einen längeren Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben. Damit werden wir diese Ungerechtigkeit ausgleichen bzw. beseitigen können, dass Leute, obwohl sie sehr lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, nach kurzer Zeit – nämlich zur Zeit nach einem Jahr – von der Grundsicherung auf ALG-II-Niveau von zur Zeit 347 Euro leben müssen. Wir wollen also eine deutliche Ausweitung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I.

Bei der Überwindung von Hartz-IV stellen wir uns weiter vor, dass die Bedarfsgemeinschaften, die gegenwärtig beim Arbeitslosengeld II beschlossen sind, aufgehoben werden. Es kann nicht sein, dass Menschen, die in einer Wohnungsgemeinschaft wohnen, ohne irgendeine eine nähere Beziehung zu haben, gezwungen sind, sich wechselseitig zu finanzieren und vor allem, dass sie in der Beweispflicht sind, dass sie nichts miteinander zutun haben. Diesen Zustand muss sehr schnell beendet werden.

Wir wollen deutlich bessere Standards für die Unterkunft, um damit auch Zwangsumzüge von Betroffenen aus ihrer Wohnung verhindern zu können. Wir wollen die Kindergrundsicherung. Und wir wollen im Ziel eine repressionsfreie soziale Grundsicherung erreichen, über die wir nun in der Partei debattieren werden. Wir haben uns vorgenommen, dass wir bis zur Bundestagswahl ein eigenes Konzept für eine solche soziale Grundsicherung erarbeiten wollen, das wir dann auch in der Öffentlichkeit vorstellen wollen.

Trotz guter Beteiligung verfehlt Volksentscheid sein Ziel

Hamburg braucht mehr Demokratie

Am 14. Oktober hatten alle, die nicht per Brief abgestimmt hatten, die letzte Gelegenheit, ihre Stimme an der Urne abzugeben. In diesem Volksentscheid ging es um die Frage, ob die Verfassung der Hansestadt so geändert werden soll, dass die Ergebnisse demokratischer Willensbildung, d.h. von Volksgesetzgebungsverfahren, als verbindlich respektiert oder ins Belieben des Senats und seiner Mehrheit in der Bürgerschaft gestellt werden. Die Hürden für einen verfassungsändernden Volksentscheid sind in Hamburg so hoch wie nirgends sonst: Mindestens die Hälfte aller Wahlberechtigten muss abstimmen, mindestens zwei Drittel aller Abstimmenden mit Ja.



Die Initiative „Rettet den Volksentscheid“ vor dem vormalen städtischen, jetzt privatisierten Krankenhaus Barmbek. Foto: AG Medien / DIE LINKE.

Das machte erforderlich, dass mindestens 607.468 Ja-Stimmen hätten abgegeben werden müssen. Dieses Ziel wurde verfehlt: 492.864 Hamburgerinnen und Hamburger nahmen an der Abstimmung teil (39,46%); wie viele davon mit Ja, wie viele mit Nein stimmten, wird erst am 30.10. ausgezählt sein.

Man muss es deutlich sagen: Es war keine faire Entscheidung. Der CDU-Senat hat unter Missbrauch seiner Macht bis zum Tag der Entscheidung keine Gelegenheit versäumt, dem Volksentscheid Hürden in den Weg zu stellen. Extrem unfair war es vor allem, dass er handstreichartig den Termin des Volksentscheids vom Termin der Bürgerschaftswahlen am 24.2.07 entkoppelte und den Urnengang auf einen wahlfreien Sonntag verlegte. Das zur Abstimmung stehende verfassungsändernde Gesetz wurde erst einen Tag vor dem Schlusstermin zugestellt; ganze Straßenzüge erhielten die Briefwahlunterlagen mit

erheblicher Verspätung, etliche Wahlberechtigte überhaupt nicht usw. usf. Angesichts dessen ist die Abstimmungsbeteiligung von fast 40% durchaus hoch zu nennen. In der Schweiz, wo Volksabstimmungen traditionell ein wichtiges Moment demokratischer Willensbildung und politischer Entscheidungen sind, liegt die Beteiligung oft kaum höher und so manches Mal deutlich darunter.

Die Initiative „Rettet den Volksentscheid“, die von einem breiten Trägerkreis von Gewerkschaften, diversen Initiativen und Vereinigungen sowie den Parteien SPD, GAL und DIE LINKE. getragen wird, hatte zunächst vielleicht die Gegenkampagne der Konservativen und der Wirtschaft, vertreten vor allem durch die mächtige Handelskammer, unterschätzt. Die CDU trommelte, dass die Verfassung gefährdet sei und zukünftig eine kleine Minderheit über die große Mehrheit willkürlich bestimmen

könne. Bürgermeister von Beust wandte sich per Hauswurf-Sendung an Tausende Hamburgerinnen und Hamburger und warnte vor der „Gefahr der Überdemokratisierung der Stadt“ und ihrer „Unregierbarkeit“. Die Handelskammer sah die „Gefahr der Dominanz von Einzelinteressen gegenüber dem Willen der Mehrheit der Bürger“, und der Unternehmer Darboven z.B. rief auf, „diesen Anschlag auf unsere parlamentarische Demokratie zu verhindern“.

Diese rechte Gegenkampagne hat immensen politischen Schaden angerichtet. Wer in den letzten Wochen in Hamburg unterwegs war, um für die Zustimmung zum Volksentscheid zu mobilisieren, machte einerseits die Erfahrung, dass sich sehr viele Bürgerinnen und Bürger engagierten. Andererseits aber hat man immer wieder hören müssen, dass „die da oben ja doch machen, was sie wollen“. In der Tat hat die CDU genau das auch demonstriert.

Sie hat, das war der Anlass des jetzigen verfassungsändernden Volksentscheids, in der Vergangenheit die Ergebnisse von zwei Volksentscheiden ignoriert. Obwohl sich bei der Bürgerschaftswahl 2004 76,8% der Wählerinnen und Wähler gegen den Verkauf des Landesbetriebs Krankenhaus (LBK) ausgesprochen hatten (während sie gleichzeitig mit absoluter Mehrheit CDU wählten), hat der Senat die Hamburger Krankenhäuser dennoch an den Konzern Asklepios verscherbelt. Und dass ein Jahr später ein Volksentscheid mit Zweidrittel-Mehrheit ein neues Wahlrecht verabschiedete, hinderte die CDU nicht, dieses Wahlrecht aufzuheben. Auch in der gegenwärtigen Auseinandersetzung hat die CDU das Recht beansprucht, so lange sie kann zu machen, was sie will. Die demokratische Meinungs- und Willensbildung per Volksgesetzgebung ist ihr lästig und zuwider. Das verstärkt bei vielen die Resignation und ist in hohem Maße demokratfeindlich.

Und nicht nur das. Gerade in der Situation des Umbruchs, in der sich die Metropole Hamburg befindet, ist die Stadt für eine für alle Bürgerinnen und Bürger gedeihliche Entwicklung darauf angewiesen, demokratische Impulse aus der Bevölkerung aufzunehmen. Verschließt sie sich solchen Impulsen, macht sie sich gewissermaßen blind.

Das Beispiel der Privatisierung des LBK gegen den artikulierten Willen der Bevölkerung ist da überaus lehrreich. Der Verkauf des LBK an Asklepios hat zu chaotischen Zuständen in den Krankenhäusern, zu wachsendem Kosten- druck auf die Beschäftigten, gesteigerter Arbeitsintensität und entsprechenden Folgen geführt. Die Verschlechterung der Versorgung in den Krankenhäusern schlägt sich in wachsender Unzufriedenheit der Patienten nieder; die Verbraucherzentrale spricht von einer steigenden Zahl von Beschwerden. Knapp 2000 Asklepios-Beschäftigte sahen für sich keine Perspektive mehr in dem Klinikenbetrieb und haben ihr Recht auf Rückkehr in den öffentlichen Dienst wahrgenommen. Dies wiederum belastet den Haushalt der Stadt nach Berechnungen von ver.di jährlich mit über 90 Mio. Euro. Die Privatisierung der Krankenhäuser, die dem Haushalt keine nennenswerte Entlastung brachte, hat sich für Hamburg längst als Gau erwiesen. Diese verheerende Entwicklung wäre nicht eingetreten, hätte der CDU-Senat die urdemokratische Entscheidung gegen den L BK-Verkauf respektiert.

Die Auseinandersetzung um die Volksgesetzgebung in Hamburg wird weitergehen. Die Initiatoren erwägen nun, den Volksentscheid 2009 zu wiederholen und mit dem Termin der Bundestagswahlen zu verbinden.

Christiane Schneider

Die Bundeswehr bleibt in Afghanistan

Eskalations- statt Exit-Strategie

Am 12. Oktober hat der Bundestag mit der Mehrheit von 453 Stimmen gegen 79 Nein-Stimmen bei 48 Enthaltungen der Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan zugestimmt. Einzig die Linksfraktion stimmte geschlossen gegen die Verlängerung, dazu 13 Abgeordnete der SPD, sieben Grüne, vier CDU/CSUler und drei FDPler. 15 Abgeordnete der Grünen stimmten entgegen dem Votum des Parteitages, der zu Nicht-Zustimmung aufgerufen hatte, dem weiteren Bundeswehreinsatz zu.

Die Bundestagsdebatte war vor allem dadurch gekennzeichnet, dass die Rednerinnen und Redner sich, mit Ausnahme von Lothar Bisky, der für die Linksfraktion sprach, vollständig jedem Gedanken daran verweigerten, dass der Afghanistan-Krieg nicht zu gewinnen ist. Für die FDP, die den Bundeswehreinsatz im Rahmen des ISAF-Mandats 2003 und 2004 abgelehnt hatte, erklärte Westerwelle, dass es in Afghanistan „nicht nur um einen Akt der Solidarität mit dem afghanischen Volk“ gehe, sondern „ganz handfest um unsere eigene Sicherheit und unsere eigene Freiheit auf dem europäischen Kontinent“. Das nahm der CDU-Redner von Klaeden auf: „In Afghanistan geht es in der Tat



zunächst um unsere eigene Sicherheit“, um sodann fortzufahren: „Wenn es nicht gelingt, Afghanistan zu stabilisieren, dann ist auch jede Lösung für Pakistan unmöglich.“

Afghanistan entwickelt sich zum Vietnam unserer Tage, hatte kürzlich die frühere Vizepräsidentin des Bundestags und Grünen-Abgeordnete Antje Vollmer gewarnt. Innerhalb weniger Jahre hatten die USA die Zahl ihrer Soldaten in Vietnam von Anfangs einigen hundert auf mehrere hunderttausend erhöht – 1975, als die USA fluchtartig das Land verließ, hatten nicht nur zwei Millionen Vietnamesen ihr Leben verloren, sondern auch über 56.000 US-Soldaten. Der Vergleich mit Vietnam ist nicht zu weit hergeholt. Jahr für Jahr ist seit Kriegsbeginn 2001 die Kriegsführung ausgedehnt worden. Beschränkte sich der im Dezember 2001 beschlossene

ISAF-Einsatz zunächst auf Kabul, wurde er bis 2004 auf den Norden, im Folgejahr auf den Westen, 2006 auf den schwer umkämpften Süden ausgeweitet und die ISAF-Truppenzahl auf 35.000 vervielfacht (hinzu kommen weitere 8.000 Soldaten im Rahmen der OEF – Operation Enduring Freedom). Dabei wird es kaum bleiben: „Wir brauchen mit Sicherheit wesentlich mehr Manöverkräfte, wir brauchen Lufttransport, wir brauchen weitere Aufklärungskräfte. Wir brauchen vor allen Dingen auch deutlich mehr Ausbildungsteams“, verlangte unmittelbar vor der Bundestagsabstimmung der Stabschef der Nato geführten Truppe, der deutsche Generalmajor Kasdorf in der FAZ: Mit den derzeitigen Kräften „sind wir tatsächlich nicht in der Lage, landesweit Sicherheit herzustellen“. Schon vor Wochen hatte der Stabschef sich zu der „Mahnung“ verstiegen, dass in Afghanistan, gemessen am Kosovo-Einsatz, „800.000 Soldaten eingesetzt werden“ müssten.¹

Die Aufstockung der westlichen Truppen und die Ausweitung ihrer Einsätze hat in Afghanistan selbst bisher vor allem eines bewirkt: die Eskalation der Gewalt. „Der Spiegel“ berichtete Anfang Oktober, dass hier in diesem Jahr bereits 5086 Menschen ihr Leben bei Anschlägen oder Kämpfen verloren – über 1000 mehr als im vergangenen Jahr. Einem UNO-Bericht zufolge hat die Gewalt 2007 um fast 30 Prozent zugenommen. Danach stieg die Zahl der Gewalttaten auf durchschnittlich 550 pro Monat gegenüber 425 im Jahr 2006 (schon 2006 hatte sich die Zahl der Bombenanschläge gegenüber dem Vorjahr verdoppelt, die Zahl der direkten Angriffe nahezu verzehnfacht). Anders als gewöhnlich dargestellt, richten sich drei Viertel der Selbstmordanschläge gegen die afghanische Armee und ausländische Truppen.

Aber auch die Zahl der Zivilisten, die Anschlägen oder den Angriffen der OEF- und ISAF-Truppen zum Opfer fallen, nimmt zu.

Die einzige Konsequenz, die die Nato-Mächte aus dieser dramatischen Entwicklung ziehen, ist wiederum die Verstärkung ihrer Militärkräfte. Seit Monaten, wie berichteten mehrfach, findet eine Verlagerung von Nato- und verbündeten Truppen aus dem Irak nach Afghanistan statt bzw. wird angekündigt. Zuletzt veröffentlichte vor wenigen Tagen die New York Times unter Berufung auf Armeevertreter und Mitarbeiter des Pentagon die alarmierende Meldung, dass die US-Marineinfanteristen ihren Einheiten aus dem Irak abziehen und ihren Einsatz auf Afghanistan konzentrieren wollen. Diesen Vorschlag hätten sie US-Verteidigungsminister Gates unterbreitet. „Mit der Entsendung von 25.000 Soldaten würde

sich die Struktur der US-Truppen in Afghanistan grundlegend ändern. Offenbar soll der Anti-Terrorkampf stärker in den Händen von Spezialeinheiten liegen“, kommentierte Welt-online am 12. Oktober.

Alarmierend ist diese Meldung vor allem, weil sie befürchten lässt, dass die Westmächte ernstlich planen, den Krieg auf Pakistan auszuweiten. Auch hier nimmt im Gefolge des Afghanistan-Krieges die Gewalt weiter zu. Vor wenigen Tagen kamen im pakistanschen Grenzgebiet bis zu 250 Menschen ums Leben: Nach einem Anschlag auf einen Lastwagen mit Soldaten einer paramilitärischen Einheit bombardierte die pakistansche Armee als „Strafmaßnahme“ mehrere Dörfer. Die Militäraktionen, ließen die Streitkräfte verlauten, würden so lange fortgesetzt, bis der „Frieden in der Region“ hergestellt sei. Seit Monaten schon drohen die USA mit Militärschlägen im pakistanschen Grenzgebiet. Die oben zitierte Äußerung des Herrn von Klaeden lässt ahnen, dass die USA mit der Bereitschaft zur Ausweitung nicht alleine stehen und die Bundeswehr sich tiefer und tiefer in einen immer blutigeren Krieg verstrickt. Dazu passt die Meldung, dass Merkels Versicherung Ende letzten Jahres, dass Bundeswehreinsätze im Süden Afghanistans höchstens ausnahmsweise und nur kurzfristig stattfinden würden, sich als Täuschung blamiert: Die Tendenz zu einer schlechenden Integration der Bundeswehr in den Einsatz im Süden ist unübersehbar. So führte die Bundeswehr in den letzten Monaten 120 Unterstützungsflüge in den Süden durch, und Anfang August waren immerhin insgesamt 36 deutsche Soldaten „vorübergehend“ im Süden eingesetzt.²

Über all das haben die allermeisten Rednerinnen und Redner in der Bundestagsdebatte geschwiegen. Die Beschwörung des „zivilen Aufbaus“ und des „humanitären“ Charakters des Bundeswehreinsatzes ist angesichts der tatsächlichen Situation überaus verlogen. Kurz vor der Abstimmung hatte der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) einen „nachhaltigen Strategiewechsel beim Wiederaufbau Afghanistans“ gefordert. Der Einsatz der internationalen Hilfe stehe am Scheidepunkt. Auch wenn VENRO, der u.a. Hilfsorganisationen wie Caritas international, Deutsche Welthungerhilfe und medico international angehören, nicht ein Ende des ISAF-Mandats forderte, sieht sie die Rückgewinnung des Primats der Politik und damit ein „Ende der Vorrangstellung militärischer Gewaltmittel“ als notwendig. Frieden, Wiederaufbau und Entwicklung können nach ihrer Auffassung nur gelingen, „wenn die Gewaltspirale beendet, der Versuch der militärischen Konfliktlö-

sung durch einen verstärkten zivilen Wiederaufbau abgelöst und das Vertrauen der afghanischen Bevölkerung zurück gewonnen wird“. Noch deutlicher äußerte sich die katholische Friedensorganisation Pax Christi: Sie sieht in der Verknüpfung von „Krieg gegen den Terror“ und zivilem Wiederaufbau in Afghanistan eine „politische Falle“ und hält das Konzept der „zivil-militärischen Kooperation“ und der Wiederaufbau-Teams für „letztlich gescheitert“. Die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), die die Abgeordneten zum Nein aufgerufen hatte, erklärte: „Afghanistan braucht keine Fortführung des Trojanischen Pferdes ISAF, sondern einen Friedensplan.“ Die Rolle der Bundeswehr müsse mit einem konkreten überschaubaren Zeitplan versehen werden.³ Dafür sprach sich mit der Forderung nach einer Exit-Strategie statt weiterer Eskalation auch die Linksfraktion im Bundestag aus.

Christiane Schneider

1 Tagesspiegel, 28.6.07

2 Siehe ausführlicher: Afghanistan – die deutsche Rolle. IMI-Analyse 1007/029b, aktualisierte Fassung vom 25.9.2007, www.imi-online.de

3 ngo-online, 10.10.07

Prag: Aufruf gegen Nazi-Aufmarsch durch das jüdische Viertel

Antisemiten stoppen! Überall!

Für den 10. November planen die „Jungen Nationalen Demokraten“ (Mladí Národní Demokraté) einen Aufmarsch durch das jüdische Viertel in Prag. Es regt sich grenzüberschreitender Widerstand.

In ihrem Aufruf betonen die Nazis, dass der Marsch auch entlang der Synagoge gehen soll und es an der Zeit sei, „dass die Rabbiner wieder schwarz-weiß-rote Fahnen sehen.“ (Diese Fahnen werden in der Tschechischen Republik weitgehend als Fahnen des Nationalsozialismus verstanden.) Auch deutsche Nazis aus dem Umfeld der Freien Kräfte in Sachsen und Thüringen äußerten schon, daran teilnehmen zu wollen.

Die Jungen Nationalen Demokraten sind organisatorisch als Teil des Narodni Odporn (NO, Nationaler Widerstand) zu verstehen. Dieser stellt die bedeutsamste Organisation im parteifreien Spektrum tschechischer Nazis dar. Zudem gilt er als Nachfolgeorganisation der tschechischen Sektion des internationalen Blood&Honour-Netzwerkes. Immer wieder tritt der Nardoni Odporn durch aggressive antisemitische Hetze hervor. So verschickten sie am internationalen Holocaustgedenktag 2006 einen „offenen Brief“ an ihre „lieben

Freunde in der Islamischen Republik Iran“. In diesem Schreiben wird der Staat Iran verherrlicht, seine „Führung“ als erleuchtet bezeichnet und über den „kriminellen Staat Israel“ gehetzt. Die Leugnung des Holocausts und damit auch die Solidarisierung mit anderen internationalen Holocaustleugnern ist integraler Bestandteil der Aktivitäten des NO.

Die Zusammenarbeit der deutschen und tschechischen Nazibewegung ist traditionell gut. Der Besuch sächsischer Nazis bei Konzerten, jenseits der Grenze, gehört zu einem festen Bestandteil des rechten Lifestyles. Die inzwischen verbotene Organisation SSS (Skinheads Sächsische Schweiz) soll zur Ausbildung an vollautomatischen Waffen im Nachbarland zu Gast gewesen sein. Aber auch die Kameraden aus der tschechischen Republik geben sich zu bestimmten Terminen in der BRD ein Stellchein. Ob bei Nazi-Demonstrationen in Wunsiedel, Dresden, Halbe oder Jena – VertreterInnen des Narodni Odporn fehlen dabei nie. So waren beim Fest der Völker in Jena 2007 etwa 120 tschechische Nazis anwesend.

In Prag formiert sich in vielen Spektren inzwischen Widerstand gegen die geplante Nazi-Demonstration. Die Jüdische Gemeinde Prag und andere zivilgesellschaftliche Gruppen kündigten Gegenaktivitäten an und fordern ein Verbot des Naziaufmarsches. Prager AntifaschistInnen rufen zu einer Blockade auf.

Auch wir werden nicht hinnehmen, dass Nazis, gleich ob aus der Tschechischen Republik oder aus Deutschland, marschieren. Darum rufen wir dazu auf, zahlreich nach Prag zu fahren um deutlich zu zeigen, was wir von Antisemitismus halten. Es kann nur darum gehen, den Aufmarsch mit allen Mitteln zu verhindern. Kein Fußbreit den Antisemiten! Weder in Prag noch anderswo!

Einen Tag vor der geplanten Nazideemonstration jährt sich der Gedenktag für die Reichspogromnacht. Daher rufen wir nicht nur dazu auf, die Nazis zu stoppen. Wir rufen auch dazu auf, an diesem Tag Solidarität mit dem Staat Israel zu zeigen, der seit seiner Gründung von Antisemiten weltweit immer wieder in seiner Existenz in Frage gestellt und bedroht wird.

Wir sind in keiner Form gewillt, einen Tag nach dem Gedenktag für die Reichspogromnacht Antisemiten ungestört ihre Hetze verbreiten zu lassen.

Wir erachten es deshalb ausdrücklich als legitim mit allen Mitteln den Nazis entgegenzutreten. Daher unterstützen wir den Aufruf der Antifa Prag, den Nazi-Aufmarsch zu blockieren.

Gegen jeden Antisemitismus – Überall! Nichts ist vergessen und niemand! Kommt am 10.11.2007 nach Prag und stellt Euch den Nazis entgegen!
www.lavka.info



Protest gegen rassistische Wahlkampagne der SVP

Am 6. Oktober versammelten sich angeblich rund 10.000 SVP-Anhänger aus der ganzen Schweiz in Bern zu einer zentralen Wahlkampfdemonstration, darunter auch bekannte Nazis. Dagegen wiederum mobilisierte das „Komitee Schwarzes Schaf“, ein breites antirassistisches Bündnis, zu einem „ganz FEST GEGEN RASISMUS“, an dem über 5000 Menschen teilnahmen. Darüber hinaus fanden in der ganzen Stadt vielfältige weitere Aktionen gegen die rassistische SVP-Politik und ihre aggressiv ausländerfeindliche Wahlkampagne statt, insgesamt, so das Komitee, deutlich mehr als unter den SVP-Lösungen: „Hier zeigt sich ein breiter und entschlossener Widerstand. Die SVP mit ihren fremdenfeindlichen Plakatkampagnen und den regelmäßigen Angriffen auf demokratische Grundprinzipien muss auch in Zukunft mit massivem Widerstand rechnen.“ Schon heute gilt das Schweizer Einbürgerungsgesetz als das härteste in Europa, das Asylgesetz

wurde 2006 erheblich verschärft. Das alles geht der SVP, die gute Aussichten hat, stärkste Partei zu werden, nicht weit genug; sie hat zur Anheizung ihres Wahlkampfes eine Unterschriften-sammlung für eine Volksinitiative „für die Ausschaffung krimineller Ausländer“ (kurz: „Ausschaffungsinitiative“, bei jugendlichen Verurteilten soll gleich die ganze Familie abgeschoben werden) gestartet, für die sie angeblich bisher rund 200.000 Unterschriften gesammelt hat. Dazu hat sie ein Plakat herausgegeben, auf dem ein Migrant als „schwarzes Schaf“ von einem weißen Schaf mit einem kräftigen Tritt hinausbefördert wird (kleines Bild) – darauf nimmt der Name des antirassistischen Komitees Bezug. Außerdem will sie den Bau von Minaretten verbieten, das Antirassismusgesetz abschaffen. – Die SVP konnte ihre Wahlkundgebung übrigens nicht durchführen. Schwere Auseinandersetzungen zwischen mehreren hundert Autonomen und der Polizei, die Gummischrot und Tränengas einsetzte, verhinderte ihren Umzug. (*Komitee Schwarzes Schaf, Indymedia Schweiz*)

Kritik an israelischem Vorgehen gegen den Gazastreifen

Elf israelische Schriftsteller, darunter Amos Oz, David Grossman und A.B. Yehoshua, haben eine Petition unterschrieben, in der die israelische Regierung aufgefordert wird, Verhandlungen mit Hamas über einen Waffenstillstand aufzunehmen. Zuvor hatte das Kabinett den Gazastreifen zu „feindlichem Gebiet“ erklärt und beschlossen, ihn von der Energie- und Stromversorgung abzuschneiden. Außerdem haben inzwischen alle israelischen Banken in Reaktion auf die Kabinettsentscheidung die Verbindungen mit palästinensischen Banken im Gazastreifen abgebrochen. Yehoshua, ein bekannter Romanautor, erklärte, man habe den Aufruf geschrieben, um „die sehr verstörende, äußerst schreckliche Situation für die Be-

wohner von Gaza und die Israelis, die an der Grenze leben“ und unter ständigen Angriffen mit Kassam-Raketen ausgesetzt sind, zu beenden.

Die Schriftsteller unterstützen die Verhandlungen über den Entwurf eines Abkommens mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas, der im Westjordanland eine Notstandsregierung eingesetzt hat, geben aber zu bedenken, „wie es vor 20 Jahren war, als wir zu Gesprächen mit ihnen (der PLO) aufriefen; wenn man die Worte PLO auch nur erwähnte, sagten die Leute, sie wollten dich umbringen“. Nun sei es notwendig, Hamas Ge-

spräche über einen Waffenstillstand anzubieten.

Die Gruppe „Juden für einen gerechten Frieden“ Vancouver/ Kanada erinnerte angesichts der israelischen Maßnahmen gegen die Bevölkerung im Gazastreifen daran, dass „die kollektive Bestrafung einer ganzen Zivilbevölkerung explizit verboten ist“. „Wir von ‚Jews for Just Peace‘ verurteilen alle Angriffe auf Zivilisten, ob Palästinenser oder Juden. Verstöße von Regierungen gegen internationales Recht, von denen Millionen Menschen betroffen sein werden, sind besonders empörend und müssen verurteilt werden.“ (Quellen: www.friedensratschlag.de – ZNet)

Nordkalifornien: 5000 Krankenschwestern streiken

Vom 10. bis zum Morgen des 12. Oktober streikten rund 5000 Krankenschwestern in Nordkalifornien. 15 Krankenhäuser waren von dem größten Ausstand des letzten Jahrzehnts betroffen. In einigen Krankenhäusern beteiligten sich über 80% des Pflegepersonals. Zum einen fordern die Streikenden und ihre Gewerkschaft den Erhalt bzw. die Verbesserung der Krankenversicherung des Pflegepersonals, eine in den meisten gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen in den USA zentrale Forderung. Vor allem aber kritisieren die Krankenschwestern, die mit Demonstrationen und Streikversammlungen auf die Straße gingen (siehe Bild), die Verschlechterung des Gesundheitswesens. Das Pflegepersonal droht reduziert und das zahlenmäßige Verhältnis zu den Patienten verschlechtert zu werden. Außerdem sind zwei Krankenhäuser von Schließung, andere von der Reduzierung der Abteilungen bedroht. „Wir fordern nicht die 80- oder 90%ige, sondern die 100%ige Versorgung der Patienten“, lautete ihre Lösung. (Quelle: *Indymedia San Francisco Bay*)

Zusammenstellung: scc



Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition! KÖLN. Daimler baut nicht nur Mercedes. Der Stuttgarter Konzern ist auch an der Produktion von Raketenwerfern für Streumunition beteiligt. Deshalb forderte ein Aktionsbündnis von Friedensorganisationen und Rüstungsgegnern am 10. Oktober in Köln zum Kaufboykott von Mercedes auf. „Daimler ist als Hauptaktionär des europäischen Technologie-Konzerns EADS in das schmutzige Geschäft mit Streumunition verwickelt“, erläuterte Markus Dufner, Geschäftsführer des Dachverbandes der Kritischen Aktionäre. So könne beispielsweise der Raketenwerfer GMLRS innerhalb weniger Minuten eine Fläche von einem Quadratkilometer mit 8.000 Streumunitionsköpfen verseuchen. „Das entspricht einer Fläche von 150 Fußballfeldern. Nicht explodierte Streumunition bleibt nach dem Einsatz auch oft als Blindgänger liegen und wirkt wie Minen – eine Gefahr vor allem für neugierige Kinder.“ Die Kritischen Aktionäre protestierten gemeinsam mit Mitgliedern der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, der ökumenischen Aktion Ohne Rüstung Leben (ORL), der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, dem RüstungsInformationsBüro e.V., der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion und weiteren Friedensgruppen vom 2. bis 13. Oktober in zehn Städten unter dem Motto: „Wir kaufen keinen Mercedes: Boykottiert Streumunition!“.

www.kritischeaktionare.de



Mehr als 48.000 Petitions-Unterschriften übergeben

BERLIN. Letztlich mehr als 48.000 Unterschriften unter den Text einer Petition gegen die Verlängerung des Afghanistan-einsatzes haben Aktive der Friedensbewegung am 10. Oktober 2007 an die Vorsitzende des Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages Kersten Naumann übergeben. „Sagen Sie NEIN zur Verlängerung des Mandates der Bundeswehr für einen Krieg in Afghanistan im Herbst 2007. (...) Respektieren Sie das Friedensgebot und das Verbot eines Angriffskrieges im Grundgesetz“, sind die nachdrücklichen Forderungen der Unterzeichnenden an die Abgeordneten. Die FriedensaktivistInnen informierten über weitere Aktivitäten der Friedensbewegung in den kommenden Wochen. Danach werden bundesweit Informationsveranstaltungen und Aktionen durchgeführt, der SPD-Bundesparteitag in Hamburg kritisch vor Ort begleitet sowie Afghanistankonferenzen im kommenden Frühjahr vorbereitet werden. „Mit der Übergabe unserer Petition ist unser Protest gegen den Krieg der Bundesregierung und der Bundeswehr gegen die Menschen in Afghanistan nicht beendet“, betont Monty Schädel, Bundesgeschäftsführer der mit initiierten DFG-VK. www.auslandseinsaetze-beenden.de



Göttingen schafft Gutscheinsystem ab

GÖTTINGEN. Der Kreistag des Landkreises Göttingen hat in seiner Sitzung am 4. Oktober 2007 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt, seinen Beschluss vom 9. Mai zurückzunehmen, in dem die Abschaffung des Wertgutscheinsystems für Flüchtlinge beschlossen worden war. Vielmehr wurde durch einen mit der gleichen Stimmenverteilung verabschiedeten Antrag von Bündnis 90/Die Grünen bekräftigt, dass man sich von der Argumentation des niedersächsischen Innenministeriums nicht ins Bockshorn jagen lässt: Dieses beharrte in einem Schreiben vom 8. August auf dem in §3 Abs. 2 AsylbLG formulierten Vorrang der Sachleistung, welcher jedoch durch den Beschluss vom 9. Mai substantiell gar nicht in Zweifel gezogen wurde. Denn auch bei Wertgutscheinen handelt es sich nicht um Sachleistungen, sondern, wie bei Bargeld auch, um eine der von der Gesetzgeberin vorgesehenen Alternativeleistungsformen. – Die Gutscheingruppe begrüßt die Entscheidung des Kreistages, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass das gleiche Anliegen Anfang Juli im Rat der Stadt Göttingen an den Stimmen der SPD gescheitert war. Das niedersächsische Innenministerium hatte zuvor angekündigt, den Beschluss vom 9. Mai kommunalaufsichtlich zu beanstanden. Voraussichtlich wird der Kreistag diese Maßnahme seinerseits gerichtlich anfechten. Flüchtlinge in Göttingen bleiben trotz des Beschlusses bis zu einer endgültigen Klärung der Rechtslage der Gutscheinpraxis ausgeliefert.

Gutscheingruppe Göttingen, www.nds-fluerat.org

Initiative „Lichtenhagen begreifen“

ROSTOCK. Mit einer lebhaften Podiumsdiskussion endete am Donnerstag, den 4. Oktober 2007, die sechswöchige Ver-

anstaltungsreihe „Verantwortung denken – Erinnerung schaffen“, mit der die Initiative „Lichtenhagen begreifen“ durch Vorträge und Diskussionen an das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen erinnerte. Der Frage „15 Jahre Lichtenhagen – aufgearbeitet, vergessen oder verdrängt?“ stellten sich neben Prof. Dr. Hajo Funke von der FU Berlin Phuong Kollath von „Dien Höng“ und Adelheid Pevestorf vom Ortsbeirat Lichtenhagen sowie Lena Fassnacht von „Bunt statt Braun“ und ein Vertreter des Opferberatungsvereins „Lobbi“. In der Kritik stand vor allem die unzureichende Auseinandersetzung der Stadt und der Umstand, dass auch 15 Jahre später noch kein Mahnmal an die Ausschreitungen von Rostock-Lichtenhagen erinnert. Die Initiative „Lichtenhagen begreifen“ kündigte an, auch gegenwärtig Debatten um die Erinnerung an das Pogrom von Lichtenhagen anzustossen, um die Ereignisse zurück ins Gedächtnis zu holen. Eine bereits geplante Veranstaltung mit der deutsch-französischen Journalistin Beate Klarsfeld soll noch in diesem Jahr nachgeholt werden. Klarsfeld kämpft seit Jahrzehnten für die Aufklärung und Verfolgung von Nazi-verbrechen und versuchte im Oktober 1992 mit einer Delegation französischer Juden, gegen den massiven Widerstand der Stadt Rostock, ein Gedenken an die Ausschreitungen in Lichtenhagen durchzusetzen.

www.links-lang.de

Nazis in Neuss massiv gestört

NEUSS. Mehr als 800 AntifaschistInnen aus verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen versammelten sich am 13. Oktober 2007 auf dem Marienkirchplatz in Neuss, um gegen den zwei Stunden später beginnenden Neonazi-aufmarsch zu protestieren. Die Demonstration zog zum Markt, wo sich ihr TeilnehmerInnen einer bürgerlichen Kundgebung anschlossen, so dass sie auf zir-

ka 1000 Menschen anwuchs. Auch PassantInnen reihten sich spontan in den Demonstrationszug ein. Lautstark wurde das Ziel, den Naziaufmarsch zu verhindern, artikuliert. Direkt nach Abschluss der Demonstration machten sich viele TeilnehmerInnen daran, dieses Anliegen praktisch umzusetzen. Hiergegen schritten die stark vertretenen Polizeikräfte teilweise brutal ein, wobei ca. 100 Personen in Polizeigewahrsam genommen wurden. Trotzdem gelangen erfolgreiche Gegenaktionen, so zum Beispiel mehrere Blockaden, durch die der Naziaufmarsch jeweils erhebliche Zeit aufgehalten werden konnte. Offenbar waren die Neonazis von ihrem Fortkommen im Schneckentempo sehr entnervt, lichteten sich ihre ohnehin spärlichen Reihen doch zusehends im Laufe des Aufmarsches. So nahmen an ihrer Abschlusskundgebung von ursprünglich 105 „Kameraden“ nicht einmal 50 teil. Den Verlauf des Tages wertet die Antifa Neuss als großen Erfolg.
www.antifaneuss.tk

NPD veröffentlicht Schwarze Liste Erfurt

ERFURT. Mit der Aktualisierung ihrer Homepage vom 10. Oktober veröffentlichte die NPD Erfurt die Namen und Adressen von elf Personen, die sie für den Anschlag auf das in rechtsextremen Kreisen beliebte Lokal „Zum Alten Fritz“ im Juni diesen Jahres verantwortlich macht. Vermutlich stammen diese Daten aus polizeilichen Akten. Bislang ermittelt die Polizei gegen alle genannten Personen als Verdächtige wegen des Überfalls auf das Lokal, jedoch ohne Ergebnis. Wenngleich die Homepage keinen ausdrücklichen Gewaltaufruf enthält, ist die Drohung jedoch offensichtlich. Mehrfach waren Neonazis aus den Kreisen der NPD Erfurt bei Angriffen auf Demonstrationen oder Bedrohungen beteiligt. Nachdem mehrere Betroffene ankündigten, Strafanzeige gegen die NPD bzw. den Homepagebetreiber zu stellen, bleibt es der Staatsanwaltschaft zu prüfen, wer die Daten an die NPD weitergegeben hat. „Ein Blick nach Sachsen zeigt, dass es nicht prinzipiell undenkbar ist, dass Rechtsextreme bei ihren Schwarzen Listen Unterstützung von Anwälten oder gar aus dem Ermittlungsapparat erhalten“, sagt Alexandra Vogel von der Mobilen Beratung in Thüringen (MoBiT). Dort war laut Spiegel online Anfang 2007 eine Liste der Anti-Antifa aufgetaucht, die zum Teil aus Ermittlungsakten der Polizei stammten.

MOBIT vom 12.10.2007, <http://www.mobit.org>

Demonstration gegen geplantes Atommüllendlager Schacht Konrad

SALZGITTER. Rund 2000 Menschen haben am Samstag, 13.10., gegen das geplante Atommüll-Endlager Schacht Konrad



Konrad in Salzgitter protestiert. Sie riefen die Politik dazu auf, auch andere mögliche Endlager-Standorte zu prüfen. Die Polizei war – besonders um das Bundesamt für Strahlenschutz – massiv vertreten. Am Abend fand auf dem Abschlusskundgebungsplatz ein Rockkonzert mit mehreren Bands aus der Region statt. Zu der Veranstaltung unter dem Motto „Konrad stoppen – jetzt erst recht“ hatte ein Aktionsbündnis aus Umweltgruppen, Gewerkschaften und Initiativen aufgerufen. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte im April die Einwände gegen die Endlagerpläne in letzter Instanz zurückgewiesen. Mehrere Kläger haben deshalb das Bundesverfassungsgericht angerufen. Ein Termin für dessen Entscheidung steht noch aus.

www.contranelz.de/atom

Weltweit fehlen 18 Millionen Lehrer

BERLIN. Anlässlich des Weltlehrertages am 5. Oktober fordert die Globale Bildungskampagne von der Bundesregierung höhere Investitionen in die Bildungssysteme der Entwicklungsländer. Nur mit ausreichender Unterstützung der Geberländer könnten die armen Länder das Millenniums-Entwicklungsziel „Grundbildung für alle bis zum Jahr 2015“ erreichen. Rund zwei Millionen LehrerInnen fehlen heute allein in den Grundschulen der armen Länder. UN-Schätzungen zufolge wird sich der Lehrermangel – auch bedingt durch hohe Sterberaten aufgrund von Krankheiten wie Aids, Malaria und Tuberkulose – noch weiter verschärfen. Um den gravierenden Mangel an Lehrkräften auszugleichen, müssten im Laufe der nächsten Dekade mindestens 18 Millionen LehrerInnen zusätzlich in den Entwicklungsländern eingestellt werden. Viele Länder behelfen sich mit der Einstellung schlecht ausgebildeter Hilfskräfte und mit der Zusammenlegung von Klassen. Klassenstärken von bis zu 90 Schülern sind keine Seltenheit. Darunter leidet die Qualität: Oftmals können Kinder trotz einer abgeschlossenen Grundbildung kaum ihren eigenen Namen schreiben oder einfache Grundrechnungen durchführen.

www.bildungskampagne.org

Zweites Sozialforum: Rund 170 Veranstaltungen in Cottbus

COTTBUS. Von Afghanistankrieg bis Zukunftssicherung, von „Anders leben“ bis Sozialmodell Europa reichen die

Themen der rund 150 Seminare und Workshops, die während des 2. Sozialforums in Deutschland vom 18. bis zum 21. Oktober in Cottbus angeboten werden. Die ganze Vielfalt der Debatten in den sozialen Bewegungen, Friedensgruppen und Umweltinitiativen stehen auf der Tagesordnung des dreitägigen Ereignisses in der Lausitz. Gäste aus Polen und Tschechien unterstreichen mit ihren Anliegen die Internationalität dieses zweiten Versuchs eines gemeinsamen Gedankenaustauschs über den Zustand unserer Gesellschaft und Möglichkeiten zu ihrer Veränderung.

Das Gesamtprogramm mit dem Zeitplan gibt es in Form einer 24-seitigen Zeitung und auf der Website www.sozialforum2007.de.

Aktion 150 Euro Weihnachtsbeihilfe in Leipzig gestartet

LEIPZIG. Die Initiative „Weihnachtsbeihilfe für alle bedürftigen Leipzigerinnen & Leipziger – Ein frohes Fest für Alle!“ startet in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis soziale Gerechtigkeit (ASG)-DIE LINKE Leipzig jetzt die Unterschriftenkampagne „Weihnachtsbeihilfe für Bedürftige in Leipzig – 150 Euro von der Stadt!“. In ihrem Aufruf heißt es: „Deswegen fordern wir alle Stadträte und den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig auf, in diesem Jahr 2007 für den Zuschuss von 150 Euro Weihnachtsbeihilfe an jeden Hartz-IV-Empfänger (auch Kinder!) durch einfachen Beschluss und ohne politische Tauschgeschäfte zwischen den Fraktionen zu sorgen. Nicht im Januar, nicht erst am Weihnachtsabend, sondern sofort, unumstößlich und direkt durch Kooperation mit der ARGE Leipzig, damit noch vor Weihnachten das Geld auf den Konten ist bzw. durch alle Bedürftigen entgegengenommen werden kann! Alle Bedürftigen warten darauf, dass ihnen in diesem und in den folgenden Jahren dieses Fest in Würde vergönnt ist. Deswegen benötigen wir Ihre/Deine Unterschrift auf dieser Liste, die als Sammlung im November 2007 im Rathaus offiziell überreicht werden wird. Auch wenn wir wissen, dass diese Sammlung keine juristische Bedeutung für den Stadtrat besitzt, so sind wir dennoch guter Dinge, dass die gewählten Stadträte ein Einsehen haben werden, dass es so nicht weitergeht!“

www.weihnachtsbeihilfe.de



HIER, wo ich lebe, will ich wählen!

Auf Initiative der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA) hat sich ein breites Bündnis mit dem DGB, dem Landesjugendring und der LAG der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege für eine Kampagne zum Kommunalen Wahlrecht gebildet. In den nächsten Wochen wird auch in Köln eine Unterschriftensammlung beginnen. Der Kölner Stadtrat verabschiedete mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, DIE LINKE. Köln, zwei Einzelmandatsträgern und dem Oberbürgermeister Schrama eine Resolution zum Kommunalen Wahlrecht.

Wir drucken hier ein Interview mit dem Vorsitzenden des Kölner Integrationsrates und Vorsitzenden der LAGA NRW Tayfun Keltek nach*.

Könnten Sie uns einen kurzen Abriss über die Debatte über das kommunale Wahlrecht in Deutschland geben, auch im Zusammenhang mit den Integrationsdebatten der letzten Jahre?

TAYFUN KELTEK: Der erste Ansatz zur Einführung des Kommunalen Wahlrechtes war im Jahre 1990. Die Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg haben jeweils ein Gesetz, zur Einführung des kommunalen Wahlrechtes verabschiedet. Diese Gesetze wurden durch das Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt, mit der Begründung, dass die Ausländerinnen und Ausländer kein Wahlrecht haben können, weil die Staatsgewalt vom Volke ausgehe, vom deutschen Staatsvolk. In den danach folgenden Jahren wurde dieses Argument meines Erachtens inhaltslos, weil ja durch den Maastrichter Vertrag über die EU und die Unionsbürgerschaft, das kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer eingeführt worden ist. Parallel dazu hatte man 1990 Erleichterungen in der Einbürgerung im Ausländergesetz diskutiert. Viele Menschen hätten dadurch die Möglichkeit gehabt, sich einbürgern zu lassen und ihre bisherige Staatsbürgerschaft beizubehalten. Damals haben wir bereits eine entsprechende Kampagne unterstützt, denn so hätten die meisten Migrantinnen und Migranten das Wahlrecht auf allen Ebenen erhalten. Leider hat die CDU/CSU in den folgenden Jahren massiv Stimmung gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gemacht, und mit dem Wahlsieg der CDU in Hessen ist die Idee dann vollständig gekippt und das Staatangehörigkeitsgesetz ohne die Möglichkeit der doppelten Staatsangehörigkeit verabschiedet worden.

Ergebnis war, dass sich dann in den Jahren nach 1998/99 die Einbürgerungszahlen in Deutschland halbiert haben.

Das war für uns ein Signal, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit die Migrantinnen bessere politische Partizipationsmöglichkeiten erhalten.

Warum ist das kommunale Wahlrecht

für Migrantinnen aus ihrer Sicht absolut notwendig?

Eine Demokratie lebt von der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wenn das nicht gewährleistet ist, dann ist die Demokratie insgesamt auch gefährdet. Deshalb hat ja auch Willy Brandt in den Anfangsphasen dieser Republik ja auch immer gesagt: „Mehr Demokratie wagen, Demokratie ausbauen und schützen.“ Das geht nicht in einigen Stadtteilen, in denen die Hälfte der Menschen einen ausländischen Pass haben und dieses Wahlrecht nicht ausüben darf. Wenn dann noch die andere Hälfte der Bewohner dieses Wahlrecht zwar hat, aber zu einem großen Teil davon keinen Gebrauch macht, dann entstehen dort

„demokratiefreie Zonen“, die Ratsmitglieder oder Bezirksvertreter haben kaum noch eine Basis, auf die sich sich stützen können. Das ist in einer demokratischen Gesellschaft ein großes Defizit, auf das wir auf diese Weise auch aufmerksam machen wollen.

Wir wollen uns außerdem für bessere Rahmenbedingungen des Integrationsprozesses einsetzen. Immer nur Defizite von Migrantinnen aufzuzählen bringt nichts, sondern führt zu dem Gefühl des „Abgelehntwerdens“ und erzeugt Misstrauen und kann dann auch den Rückzug von der Gesellschaft auslösen. Durch das kommunale Wahlrecht würden viele Menschen die Chance bekommen, selber zu Politikerinnen und Entscheidungsträgern zu werden, da sie dann auch – was eigentlich selbstverständlich sein sollte – ihre Gruppe in unseren Gemeinderäten vertreten können und auch Verantwortung für die Politik und politische Gestaltung übernehmen können. Sie werden so ein aktiver gestalterischer Teil der politischen Landschaft, was absolut fruchtbar für die Integration ist. Keiner kann die Situation der Migrantinnen so gut nachvollziehen, wie sie selbst. Viele Integrationsprojekte laufen ins Leere, wenn sie nicht die Sicht und die Erfahrung von Migrantinnen mit einbeziehen. Der Integrationsprozess muss ein gemeinsamer Prozess sein. Die Leute, die die Vertreterrolle einnehmen, haben nicht nur eine sehr große Verantwortung, sondern lösen auch eine Signalwirkung aus, die das Vertrauen und die Integrationsbereitschaft der Migrantinnen sehr schnell erhöht.

Wie lief die Planung der Kampagne? Mit welchen Organisationen wurde die Kampagne entwickelt?

Seit zwei Jahren versucht die LAGA dieses Thema ins Gespräch zu bringen. Erst haben wir versucht das Thema über unsere Integrationsräte in die Gemeinderäte einzubringen. Mittlerweile haben über 25 Integrationsräte und Ausländerbeiräte Beschlüsse gefasst und sind für das kommunale Wahlrecht aktiv geworden. Fünf Gemeinderäte haben bereits einen Ratsbeschluss für die Einführung des kommunalen Wahlrechts verabschiedet: Köln, Bonn, Solingen, Herzogenrath und Kamen. Das ist die eine Säule, auf der die Kampagne fußt. Die andere Säule besteht darin, dass wir wichtige repräsentative Organisationen und Verbände auf Landesebene außerhalb des Parteienpektrums angesprochen haben. In zahlreichen Gesprächen haben wir erreicht, dass sich der DGB, die Arbeiterwohlfahrt, die Caritas, die Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Rote Kreuz, die Jüdische Gemeinde und der Landesjugendring mit an dieser Kampagne beteiligen. Gemeinsam versuchen wir,

Wir unterstützen die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für alle legal in Deutschland lebenden Nicht-Deutschen.



LAG der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege



Ihre Stimme für Teilhabe!

Wenn auch Sie die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-Deutsche in Deutschland unterstützen wollen, unterzeichnen Sie den Aufruf im Internet unter:
www.wahlrecht-fuer-migranten.de

das Thema flächendeckend bekannt zu machen und dafür zu werben. Unser erstes Etappenziel ist, in naher Zukunft 100 000 Unterschriften zu sammeln. Und wir wollen viele Veranstaltungen und Pressekonferenzen auf kommunaler Ebene machen, um das Thema medial bekannt zu machen.

Außerdem treten wir in Kontakt mit allen Bundestagsabgeordneten aller Parteien, um sie über das Thema zu informieren und sie dazu zu bringen, Stellung zu beziehen. Wir wollen Druck von der Basis aus erzeugen, damit sich die Parteien bis hin zur Bundesebene dieses Themas annehmen und dann auch mit einer Zweidrittelmehrheit das Grundgesetz ändern. Denn die Grundgesetzänderung ist eine Voraussetzung dafür, dass die Länder dann das kommunale Wahlrecht einführen können.

Wie läuft so eine Beantragung des Kommunalen Wahlrechts ab und welche Rolle spielen die Länder?

Wir haben uns das modellhaft so vorgestellt: Integrationsräte oder Ausländerbeiräte fassen einen Entschluss. Mit diesem Antrag/Beschluss muss sich der Stadt- oder Gemeinderat beschäftigen. In der Regel gibt es sehr viel Verständnis. Ich habe aber auch gleichzeitig unseren Mitgliedern empfohlen, dass sie sich im Fall einer Ablehnung durch den Stadtrat selbst an den Landtag wenden. Wir begrüßen es natürlich auch sehr, wenn eine Fraktion im Stadtrat direkt von sich aus den Antrag stellen will. Sowohl die Integrationsräte als auch die Kommunalfraktionen können sich bei Interesse gerne an die LAGA wenden, wir haben Musteranträge vorformuliert. Die Landesebene soll natürlich positiv beeinflusst werden, um im Falle einer Grundgesetzänderung und auch einer Bundesratsinitiative für das Kommunale Wahlrecht zu stimmen.

Welches Zeitfenster haben sie sich gesetzt?

Wir machen die Kampagne, bis wir am Ziel sind. Mindestens diese Legislaturperiode ist uns wichtig, weil wir momentan eine echte Chance sehen, dass wir eine Zweidrittelmehrheit dafür gewinnen können, dass sie diese Grundgesetzänderung beschließt. Denn es gibt ja einen Prüfauftrag in der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD, der wird nur bisher nicht ernst genommen. Wir hoffen eben, dass wir durch die Unterschriftenlisten, durch den Druck der oben genannten Partner in unserer Kampagne, über die Diskussionen in Stadtparlamenten und den Landtagen, dann auch das Thema endlich mit Druck auf die Agenda im Bundestag bringen.

Wenn wir uns die Lage hier in NRW anschauen: hier gab einen Integrationsgipfel, einen Islamgipfel, wir haben Integrationsminister: was für ei-

nen Stellenwert hat das kommunale Wahlrecht in der Integrationsdebatte hier in NRW gehabt in der letzten Zeit?

Die im Landtag vertretenen Parteien haben sich 2001 über das Thema Integration breit ausgetauscht, sie haben dann auch ein relativ gutes Papier mit dem Titel „Integrationsoffensive“ verabschiedet.

Sie waren sich in allen Punkten einig, bis auf den einen: das kommunale Wahlrecht für Migrantinnen. Die CDU war die einzige Partei, die dagegen war. Da das Thema in der Öffentlichkeit wenig diskutiert war und auch auf Vorbehalte stieß, konnte die CDU ihre starre Haltung beibehalten, was ich sehr bedaure. Die Parteien müssen sich, wenn sie eine Integrationsoffensive starten, doch auch fragen, ob ihre Haltung zum Wahlrecht sinnvoll ist. Ich habe das Gefühl, durch unsere Anregung ist das Thema wieder ins Rollen gekommen. Wir haben immer wieder auf die zurückgehenden Einbürgerungszahlen hingewiesen und die jetzige Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag selbst einen Prüfauftrag für die Einführung des kommunalen Wahlrechts erteilt. Und trotzdem nimmt kaum jemand diesen Punkt in die politische Diskussion auf.

Doch es gibt auch hier Anlass zu Hoffnung:

So hat Oberbürgermeister Schramma in Köln für den genannten Ratsbeschluss gestimmt und auch Integrationsminister Laschet ist zumindest ins Nachdenken darüber gekommen, ob seine ablehnende Haltung noch richtig ist.

Was erwarten Sie nun hier in NRW von den im Landtag vertretenen Parteien und von der LINKEN?

Alle Parteien – ob im Landtag oder nicht – haben eine Basis. Und wenn sie uns unterstützen wollen, dann sollten sie diese Basis für das Thema sensibilisieren, sollten Unterschriften sammeln, Veranstaltungen zu dem Thema machen und in ihren kommunalen Fraktionen dafür werben, dass sie Anträge in den Stadtrat einbringen. Aber auch die Bundestagsabgeordneten sollten angeprochen werden – wobei ich bei der LINKEN das Gefühl habe, dass ihre MdB schon ziemlich für das Thema sensibilisiert sind.

Mit Tayfun Keltek sprach Anna Conrads für das Info Landespolitik von DIE LINKE. Nordrhein-Westfalen. Vorabdruck, voraussichtliches Erscheinungsdatum Ende Oktober. Das Info Landespolitik rund um das Thema „Migration/Integration“ ist ab Ende Oktober elektronisch als PDF Dokument zu bestellen bei: Anna Conrads, Landeskoordination Landesgruppe NRW, lako. Ignrw @ ish. de.

*Aus: Lokalberichte Köln, 20/21, 2007

Römerbergbündnis ruft zur Demo auf

Frankfurt a.M. Das Römerbergbündnis bestehend aus Evang. Kirche Frankfurt, Pfarrerin Esther Gebhardt und Präpstin Gabriele Scherle, Katholische Kirche Frankfurt, Stadtdekan Dr. Raban Tilmann, Jüdische Gemeinde Frankfurt, Prof. Dr. Salomon Korn, Frankfurter Jugendring, Jan Lamprecht und Deutscher Gewerkschaftsbund Frankfurt, Harald Fiedler, ruft die Frankfurter Bevölkerung auf, am 20. Oktober 2007 gemeinsam für Demokratie und das Recht auf Religionsfreiheit zu demonstrieren.

Das Römerbergbündnis hat für Samstag, den 20. Oktober 2007 beim Ordnungsamt der Stadt Frankfurt am Main eine Demonstration angezeigt, die um 11 Uhr am Katholischen Gemeindezentrum St. Anna im Frankfurter Stadtteil

Schwere politische Niederlage für die Moscheebaugegner

5.10.07 Die gestrige Stadtverordnetenversammlung hat gezeigt: die Gegner des Moscheebaus in Frankfurt sind politisch als Teil der extremen Rechten isoliert. NPD, REPs und der rechtspopulistische Stadtverordnete Wolfgang Hübner (BFF) müssen damit eine schwere Niederlage einstecken. Entsprechend liegen bei letzterem die Nerven blank. Jetzt hat er unter Umständen zu all dem Ärger auch noch eine Beleidigungsklage am Hals: <http://antinazi.wordpress.com/2007/10/05/schwere-politische-niederlage-fur-die-moscheebaugegner-bei-hubner-liegen-die-nerven-blank/> Anti-Nazi-Koordination

Hausen beginnt und vorbei führt an einer evangelischen Kirche zu dem Ort, an dem die neue Moschee der Hasrat-Fatima-Gemeinde entstehen soll. Die Kundgebung ist für 13 Uhr auf der Nidda-Brücke (Ludwig-Landmann-Straße) in der Nähe der U-Bahn-Haltestelle „Hausener Weg“ vorgesehen. (...)

In dem Demonstrationsaufruf des Römerbergbündnisses heißt es: „Täglich zeigen Menschen aus verschiedenen Religionen und Nationen in der Stadt Frankfurt am Main, dass ein friedliches und respektvolles Miteinander gelebt werden kann und dass davon eine Stadtgesellschaft nur gewinnt. Wie es evangelische, katholische und orthodoxe Kirchen in Frankfurt gibt, orthodoxe und liberale Synagogen, so haben auch die verschiedenen Richtungen im Islam das Recht auf ihre eigenen Moscheen. Dazu gehört, dass Gebetshäuser des Islam erkennbar mit den öffentlichen Raum prägen.“ Das Römerbergbündnis wendet sich in seinem Aufruf gegen die Stimmungsmache der NPD, welche ihre Wurzeln in der dunkelsten Zeit unserer Geschichte haben. Es wendet sich entschieden gegen den NPD-Aufmarsch in Frankfurt-Hausen und unterstützt ein Verbot von NPD und ihrer Demonstration.

PM, 5.10.07

Sofortprogramm für bezahlbaren Wohnraum: FRANKFURT A.M. Lothar Reininger, Fraktionsvorsitzender und Wohnungspolitischer Sprecher der Linken im Römer schätzt die Lage am Wohnungsmarkt viel dramatischer ein, als es der scheidende Stadtrat Franz Zimmermann diese Woche gegenüber der Presse getan hat. Dieser hatte mehr preisgünstigen Wohnraum speziell für Familien gefordert. „Bei allen Wohnungsgrößen gibt es in Frankfurt eine drastische Unterversorgung an preisgünstigem Wohnraum. Das belegen alleine die langen Wartelisten beim Amt für Wohnungswesen. Nach einer Empfehlung des Deutschen Städetages sollen 20% des gesamten Wohnungsbestandes einer Stadt zu vergleichsweise günstigen Mieten für Menschen mit kleinem Budget zu haben sein. In Frankfurt liegt diese Quote unter 10% und jährlich fallen mehr Wohnungen aus der Bindung als neue hinzu kommen! Das wissen die Verantwortlichen in der Stadt schon seit langem. Die Linke in Frankfurt sieht hier vor allem die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften gefordert. Der Anteil der Wohnungen in kommunaler Hand kommt relativ nahe an den vom Städetag geforderten 20%-Anteil heran. „Anstelle dass die Stadt den Wohnungsbestand ihrer Wohnungsbaugesellschaften dazu nutzt preisgünstigen Wohnraum anzubieten, steigen die Wohnungsbaugesellschaften in das mittlere und hohe Preissegment mit Kaltmieten von 10 Euro pro Quadratmeter und mehr ein. Dies trägt noch zur Erhöhung der Durchschnittsmieten in Frankfurt bei. Es ist Aufgabe der Stadtpolitik diese Entwicklung zu stoppen.“

<http://dielinke.wasg-im-roemer.de>

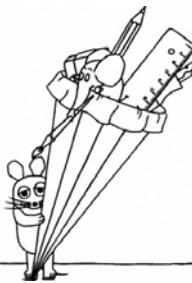
Die LINKE. ist gegen Stuttgart 21: STUTTGART. Zwar braucht Stuttgart als Kern der Metropolregion den Anschluss ans internationale Bahnnetz; aber dazu braucht es den Tiefbahnhof nicht. Bahn, Land und Stadt haben eine ernsthafte Prüfung, wie der Bonatz-Bahnhof ans Fernnetz, den Flughafen und die Messe angebunden werden kann, verweigert. Der Streit droht die Stadt zu spalten. Eine so wichtige Entscheidung sollten aber nicht die Experten und Stadtratsmitglieder allein treffen. Eine moderne Stadtplanung erfordert die Einbindung der ganzen Stadtgesellschaft. Daher ist ein Bürgerentscheid, auch wenn er spät kommt, besser, als wenn viele sagen: Die da oben machen doch was sie wollen. Daher gilt jetzt: Bürgerbegehren unterstützen!

Amtsblatt 41/2007, Sonderseite

Schulmittelfonds beantragt: FREISING. Schule kostet Geld – Geld, das Hartz-

IV-BezieherInnen und Geringverdienende nicht haben. Deshalb fordert die FREISINGER LINKE im Kreistag den Landkreis in einem Antrag auf, einen Schulmittelfonds einzurichten. Kreisrat Dr. Guido Hoyer: „Aus diesem Fonds soll Kindern von Bezieherinnen und Beziehern von Leistungen nach SGB II und SGB XII (ALG II, Sozialhilfe) ein Zuschuss für Schulmittel gezahlt werden. Die Schulbeihilfe soll pro Kind bis zu 100,- pro Schuljahr betragen.“ Im ALG-II – Satz von monatlich 208 Euro sind für Kinder bis 14 Jahre keine Ausgaben für Schulmittel vorgesehen. Deshalb sollen Haushalte mit geringem Einkommen aus dem einzurichtenden Schulmittelfonds gegen Vorlage von Quittungen die Ausgaben für notwendige Schulsachen zurück erstattet bekommen. Und zwar die tatsächlichen Kosten für alle Schulstufen und nicht nur für die Einschulung.

MitLinks Nr. 21, Okt. 2007



Kommunale Schulbeihilfen: AUGSBURG. Die IG Metall Augsburg setzt sich zum Schuljahresbeginn für kommunale Schulbeihilfen ein. „Schule wird immer teurer – so teuer, dass Hartz-IV-Bezieher und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen zu Schulanfang in große finanzielle Bedrängnis geraten ... Allein unter diesem prekären finanziellen Aspekt wird die soziale Unausgewogenheit bei der Verteilung von Bildungschancen (Pisa-Studien) überdeutlich. Nach unserer Rechtsauffassung sind kommunale Beihilfen für Schulsachen anrechnungsfrei: Die Beihilfen sind eine zweckbestimmte Einnahme, die einem anderen Zweck als das ALG II / Sozialgeld nach SGB II dient.“ Wenn ALG-II-Empfänger das Schulmaterial ihrer Kinder nicht von ihrem Regelsatz bezahlen können, muss die Arbeitsagentur die Beträge als Darlehen gewähren. (Sozialgericht Hannover, AZ S 46/AS 431/05 ER).

Info 36/Okt. 2007 der IG Metall/Berichte aus Augsburg und Schwaben

Undank ist des Konzerns Lohn: ESSEN. Die Ratsfraktion Die LINKE/ DKP/ AUF hält es für einen schlechten Witz, dass die frühere STEAG, jetzt Evonik-Fernwärme, mit juristischen Schritten droht, sollte die Stadt Essen den Anschluss der Stadtteile Stoppenberg und Katernberg ans Evonik-Fernwärmenetz nicht genehmigen. Ein solcher Anschluss würde zu Lasten der Versorgung der beiden Stadtteile mit Erdgas gehen, das von den Stadtwerken geliefert wird. Das lehnt die Ratsfraktion DIE

LINKE/DKP/AUF ab. „Wenns ums Geschäft geht, kennt Evonik anscheinend keine Freundschaft mehr“, so Gabriele Giesecke, Sprecherin der Ratsfraktion. Die LINKE/DKP/AUF. „Erst sorgen Oberbürgermeister Dr. Reiniger und die Ratsfraktionen von CDU und SPD dafür, dass sich die STEAG bzw. Evonik durch die Verlängerung der Fernwärmelieferverträge auf Kosten der Stadt Essen für weitere zehn Jahre eine goldene Nase verdienen kann, dann bekommt die Stadt statt Dank den sprachwörtlichen Tritt in den Hintern.“ Die Sorge von Oberbürgermeister Dr. Reiniger um die „strategischen Interessen“ der Stadt Essen als Konzernstandort, die er als Hauptgrund für die Verlängerung der Fernwärmeverträge anführt, hat sich damit nur wenige Monate nach der umstrittenen Entscheidung als Luftnummer erwiesen. Auch die Bezirksregierung hatte dieses Argument angesichts der leeren Kassen der Stadt als haltlos kritisiert. Angesichts der Gewinnchancen hat auch sie Sympathie für die Rekommunalisierung der FernwärmeverSORGUNG geäußert.

www.dielinke-essen.de

Kommunen im Zugzwang wegen Verständnissen der Industrie: KÖLN. DIE LINKE.KÖLN trägt die Dringlichkeitsentscheidung zur Einführung der Umweltzone Köln mit, damit diese zum 1.1.2008 rechtzeitig erfolgen kann. Die Dringlichkeitsentscheidung wird nötig, weil die Bezirksregierung ihre Zustimmung von zusätzlichen Ausnahmen abhängig macht, welche die ursprüngliche Vorlage weiter ausdünnen. Fraktionsvorsitzender Jörg Detjen erklärt dazu: „Es ist ärgerlich, dass die Städte dazu gezwungen sind, an Symptomen herumzudoktern, weil der Gesetzgeber wirksame Maßnahmen auf die lange Bank schiebt. Kommunale Aktionspläne zur Luftreinhaltung wären unnötig, wenn die Fahrzeuge bereits vom Hersteller serienmäßig mit Filtern ausgestattet würden.“ Detjen dazu weiter: „Eine effektivere Methode des Umweltschutzes gerade in der Innenstadt wäre es, den öffentlichen Personennahverkehr auszubauen und zu verbilligen. Außerdem muss die Nachrüstung älterer Fahrzeuge wesentlich preiswerter bzw. überhaupt möglich gemacht werden.“

www.linksfraktion-koeln.de

„Sadistische Straßenumwelten“: HAMBURG. Nicht nur in Wandsbek soll ein neues BID (Business Improvement District) entstehen, also öffentlicher Raum unter die private Kontrolle der ansässigen Einzelhandelsunternehmen und Grundeigentümer gebracht werden. Die „BID News“ der Deutschen Indus-

ver.di Bundeskongress:

Kampf gegen Rechtsextremismus – ein wichtiges Anliegen der Mitgliedschaft

Wie jeder Gewerkschaftskongress war auch auf dem 2. ordentlichen Bundeskongress der Gewerkschaft ver.di (30.9.-6.10.) viel zu wenig Zeit, um alle Anträge (etwa 1300) zu behandeln. Thematisch bildeten die Anträge zu den Themen Mindestlohn/Zeitarbeit, Hartz IV – zweiter/dritter Arbeitsmarkt, „politischer Streik“ sowie Rechtsextremismus Schwerpunkte der Diskussion. Wichtig war auch zu zeigen, dass zu Europa auch gewerkschaftliche Zusammenarbeit gehört. Symbolisch wurde ein gemeinsamer Mitgliedsausweis von drei europäischen Dienstleistungsgewerkschaften (aus Österreich, Großbritannien, Deutschland) vorgestellt.

Allein zum Thema „Rechtsextremismus“ lagen dem Kongress rund zwei Dutzend Anträge vor. Um dem Anliegen gerecht zu werden, erarbeitete der Gewerkschaftsrat – das höchste ehrenamtliche Gremium – einen eigenen umfassenden Antrag, den wir (auszugsweise) dokumentieren. Er wurde mit wenigen Enthaltungen angenommen.

Ein Antrag auf Streichung der Forderung nach Verbot der NPD wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Zur Unterstützung der Verbotsforderung wurde sogar ergänzend ein Antrag zur Unterstützung der Kampagne „NPD-Verbot jetzt“ beschlossen.

Außerdem wurde zur Koordinierung und Unterstützung gewerkschaftlicher Aktivitäten gegen Rechts ein zentraler Arbeitskreis eingerichtet. (har)

Beschluss des Bundeskongresses:

Rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Positionen und Einstellungen bekämpfen!

Mit großer Beunruhigung und Besorgnis konstatiert der ver.di-Bundeskongress die Zunahme rechtsextremer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Gewalttaten aber auch die Zunahme rechtsextremer und rechtspopu-

trie- und Handelskammer zählen allein für Hamburg weitere BID-Projekte an der Reeperbahn, am Sachsentor und der Alten Holstenstraße (Bergedorf) auf. Die verschiedenen Maßnahmen unter Stichworten wie „Sicherheit“, „Sauberkeit“, „Möblierung“, „Event-Kultur“ führen, das zeigen alle bisherigen Erfahrungen, zu einer weiteren Welle des Ausschlusses von Bettlern und Obdachlosen aus dem öffentlichen Raum. Auf der Grundlage von Sondernutzungsbestimmungen können Betteln, Lagern und Alkoholkonsum auf Straßen und Plätzen kriminalisiert werden und die Vertreibung legalisieren. Die Neugestaltung der Möblierung ist oft direkt darauf ausgerichtet, Schlafen und bequemes Sitzen zu verunmöglichen und damit einen angenehmen Aufenthalt obdachloser Menschen im öffentlichen Raum zu verhindern. Ein Kritiker bezeichnete dieses als die „Entstehung sadistischer Straßenumwelten“.

CS, Lokalberichte Hamburg

Kahlschlag bei der Bahn – Rückschlag für die Bürger: HANNOVER. Verkehrsminister Tiefensee plant, in großen Umfang Bahnhöfe schließen und Strecken stilllegen zu lassen. „Damit werden viele Regionen in Niedersachsen, insbesondere im ländlichen Raum, vom Bahnverkehr abgeschnitten werden, vor allem im Rahmen der geplanten Bahnprivatisierung,“ erklärte der Pressesprecher des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB), Thorsten Bullerdiek, in Hannover. Die betriebswirtschaftlichen Begründungen für diese Vorschläge verkennen den grundgesetzlichen Sicherstellungsauftrag der Bahndienste in Deutschland. „Bei dieser Daseinsvorsorge geht es gerade darum, auch in solchen Regionen Verkehrsverbindungen anzubieten, die sich nach einer reinen Marktbetrachtung nicht rechnen,“ so Bullerdiek. Auf den Hauptstrecken braucht sich der Bund nicht vorrangig um diese Angebote zu kümmern, da diese ohnehin profitabel sind.

Zudem dürfen nicht alleine betriebswirtschaftliche Erwägungen eine Rolle spielen. Auch der Klimaschutz ist eine bedeutsame Zielsetzung mit großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Der diskutierte Kahlschlag im Schienennetz würde einen erheblichen Rückschritt für eine nachhaltige, klimaschutzorientierte Verkehrspolitik bedeuten. Der Städte- und Gemeindebund fordert daher, dass der Bund vor einer Entscheidung über die weitere Privatisierung der Bahn die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen vorlegt und mit den betroffenen Städten und Gemeinden abstimmt. Der Hinweis von Bundesminister Tiefen-

see, dass die Bundesländer ja selbst den Umfang des Regionalverkehrs bestimmen könnten, ist ein Trugschluss. Die Länder erhalten Regionalisierungsmittel des Bundes, um Verkehrsleistungen zu bestellen, nicht aber um Bahnhöfe, Bahnsteige und Schienenwege zu erhalten und zu modernisieren. Der Städte- und Gemeindebund fordert deshalb den Gesetzgeber dazu auf, bei der Privatisierung klar zwischen dem Eigentum an der Eisenbahninfrastruktur und den Eisenbahnverkehrsunternehmen zu trennen. Die Infrastruktur gehört in öffentliche Hand. Und die öffentliche Hand muss bestimmen können, was damit geschieht. <http://www.nsgb.info>

Kommunale Daseinsvorsorge für Bürger unverzichtbar! VELBERT. Die Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Kommunalwirtschaft des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeisterin Ursula Pepper, Ahrensburg, wies am Rande der Ausschusssitzung in Velbert auf die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der kommunalen Daseinsvorsorge hin: „Die Kommunen sorgen tagtäglich dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger flächendeckend, dauerhaft und qualitativ hochwertige Leistungen etwa in den Bereichen Wasserversorgung oder Hausmüllentsorgung erhalten. Die Betriebe der kommunalen Daseinsvorsorge sichern viele sozialversicherungspflichtige und tarifliche Arbeitsplätze. Durch die Investitionen dieser Betriebe vor Ort profitiert die heimische Wirtschaft. Und im Bereich Mittelstandsfinanzierung sind es vor allem die kommunalen Sparkassen, die mittelständische Unternehmen mit Krediten versorgen.“ Parolen wie „Privat vor Staat“, die auf ein Zurückdrängen kommunalwirtschaftlicher Betätigung zielten, seien schädlich für Bürger, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Frage, ob eine Aufgabe der Daseinsvorsorge effizienter kommunal oder privat erledigt wird, sei im Übrigen immer eine Frage des Einzelfalls und eigne sich deshalb nicht für ideologische Debatten. „Es ist ein Irrweg, wenn einzelne Länder die kommunalwirtschaftliche Betätigung einschränken.“ Pepper hob abschließend die Bedeutung der kommunalen Daseinsvorsorge für die Versorgung der Bevölkerung auch im ländlichen Raum hervor. Die Kommunen könnten sich diesen hoheitlichen Aufgaben nicht einfach entledigen, etwa wenn sich die Versorgung der Bevölkerung in ländlichen Räumen aus rein betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr lohne. www.dstgb.de

Zusammenstellung: ulj

→ listischer Einstellungen bis in weite Kreise der Bevölkerung, der Parteien, Vereine, Gewerkschaften und auch der eigenen Organisation.

In zunehmenden Maße sind rechtsextreme Parteien in Parlamenten vertreten; aber es gibt auch die Übernahme rechtsextremer und rechtspopulistischer Haltungen oder die kritiklose Übernahme reaktionärer Geschichtsbilder in demokratischen Parteien und Organisationen. Stellvertretend hierfür sei die Diskussion um die Integration hier lebender Menschen türkischer oder arabischer Herkunft und moslemischen Glaubens sowie die geschichtsklitternde Haltung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten bei der Gedenkfeier für seinen Vorgänger Filbiner aufgezeigt.

In den vergangenen Jahren haben Gewalttaten mit rechtsextremen Hintergrund in beunruhigendem Maße zugenommen. Dort, wo rechtsextreme Parteien in Parlamenten vertreten sind, verhalten sie sich zunehmend auffälliger und vertreten offen fremdenfeindliche und antisemitische Positionen. Offensichtlich fühlen sie sich durch den beunruhigenden Anstieg fremdenfeindlicher und antisemitischer Positionen und Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland ermutigt, auf den eine 2004 veröffentlichte Langzeitstudie hingewiesen hat.

Im Sommer 2005 hat eine Untersuchung gezeigt, dass es auch Gewerkschaftsmitglieder gibt, die latent bis offen rechtspopulistisches Gedankengut vertreten, ja, dass in manchen Alters- oder Berufsgruppen diese Anfälligkeit für rechtspopulistische Positionen sogar leicht über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegt.

Der ver.di-Bundeskongress sieht diese Entwicklung mit großer Sorge. Das ist eine Herausforderung auch und gerade für uns als Gewerkschaft! Wir müssen uns verstärkt damit auseinandersetzen, dass die Rechtsextremen von heute nicht mehr allein mit plumpen Thesen im Stil von „Ausländer raus“ arbeiten: Sie verbinden klassische rechtsextreme Einstellungen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus mit sozialen und ökonomischen Themen wie Arbeitsmarktlage, Globalisierung oder Kapitalismuskritik. Sie setzen an Ängsten an, die in unserer Gesellschaft verbreitet sind: Unter dem Deckmantel scheinbar sozial-politischer Argumentationen transportieren sie antidemokratische und autoritäre Positionen und Parolen.

Die Angst vor sozialem Abstieg, das Erleben von Unsicherheit, das Erfahren von sozialer Ausgrenzung und von Entwurzelung sowie das Gefühl, gedemütigt und herabgesetzt zu werden oder der zunehmenden Komplexität der modernen Welt nicht mehr gewachsen zu sein, können Menschen so verunsichern,

dass sie für rechtsextreme Einstellungen ein offeneres Ohr haben oder darin gar eine Perspektive zu erkennen glauben.

Der ver.di-Bundeskongress ruft deshalb die ver.di Mitglieder sowie die anderen DGB-Gewerkschaften und die Öffentlichkeit auf, verstärkt die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen zu suchen und in Diskussionen und in der Bildungsarbeit alle Chancen zu nutzen, um Menschen den Rücken zu stärken für die Zurückweisung von rassistischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen, antidemokratischen und diskriminierenden Positionen und Parolen.

Wer verhindern will, dass Menschen rechtspopulistische Parolen übernehmen, muss deren Ängste ernst nehmen und Orientierungen bieten. Dazu gehört Möglichkeiten aufzuzeigen, wie Beschäftigung geschaffen, wie Globalisierung sozial eingebettet und wie Auswüchse des kapitalistischen Wirt-

mit der Zeit verschwinden. Rechtsextremismus bekämpfen ist eine Dauer- aufgabe und heißt für uns deshalb, uns mit langem Atem auf viele Diskussionen und Auseinandersetzungen in Betrieben und Verwaltungen, in Nachbarschaften und Vereinen, aber auch auf den Straßen unserer Städte einzustellen, um mit Argumenten und Aktionen an die Wurzeln von fremdenfeindlichen und antidemokratischen Einstellungen heranzukommen.

So vielfältig die Situationen sind, in denen wir auf rechtsextreme Einstellungen oder rechten Populismus treffen, so unterschiedlich sind die Strategien, mit denen wir ihnen entgegentreten: Politisch auseinandersetzen, entlarven, verspotten, rechtlich verhindern, gesellschaftlich ächten, wo möglich verbieten: Alle diese Strategien haben ihre Berechtigung. Als GewerkschafterInnen/Gewerkschafter, als Betriebs- und Personalrättinnen und -räte wollen wir insbesondere rechtsextreme Parolen und Propaganda aus Betrieben und Verwaltungen fernhalten und bekämpfen, zum Beispiel über Betriebs- und Dienstvereinbarungen.

Darüber hinaus werden wir in Projekten, Bündnissen, Aktionen und Diskussionen mit demokratisch gesinnten Kräften in unserer Gesellschaft für eine weltoffene, auf Frieden und Freiheit gründende Demokratie eintreten und für soziale Gerechtigkeit, die nicht an nationalen Grenzen hält macht.

1. ver.di wendet sich entschieden gegen alle Formen von Rechtsextremismus, Rassismus, rassistischer Diskriminierung, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz.

2. ver.di verurteilt jedes demagogische Verhalten von PolitikerInnen und Parteien, die die berechtigten Ängste der Menschen in Bezug auf wirtschaftliche, soziale und öffentliche Unsicherheit und Globalisierung ausnutzen, um Immigrantinnen/Immigranten, AsylbewerberInnen/Asylbewerber und ethnische Minderheiten als Ursache der Misere verantwortlich zu machen.

3. Angesichts der Tatsache, dass Straftaten mit rechtsextremen Hintergrund und damit verbundene ausländerfeindliche Haltungen in der Bevölkerung in beunruhigendem Maße zugenommen haben fordert ver.di die Öffentlichkeit, und insbesondere die Gewerkschaftsmitglieder, dazu auf, aktiv gegen rechtsextreme Aktivitäten und Einstellungen vorzugehen.

4. Diskriminierung wird durch wachsende Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und ansteigende Verarmung verschlimmert. Eine Politik, die sich auf soziale Gerechtigkeit orientiert, kann helfen, die Brutstätten für Rechtsextremismus auszutrocknen.

5. ver.di ruft die Bundesregierung und



schaftssystems durch sozialstaatliches Handeln begrenzt werden können. Nicht zuletzt muss dies mit einem unbedingten Eintreten für Demokratie, Menschenwürde und Toleranz verbunden werden. ver.di wird sich deshalb für eine Politik in diesem Sinne einsetzen. Wo Rechtsparteien und Rechtspopulisten mit Ängsten und Ressentiments Politik machen, setzen wir auf gewerkschaftliche Gestaltungskraft, auf solidarisches Engagement und auf Mitbestimmung als einen demokratischen und wirksamen Weg, ökonomischen und sozialen Wandel zu gestalten.

Es gilt zu beachten: Rechtsextreme Einstellungen, antidemokratisches Denken und autoritäre Orientierungen lassen sich nicht einfach aus der Gesellschaft entfernen. Auch täuscht die Hoffnung, dass rechte Umtriebe einfach

Landesregierungen sowie die politisch Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden auf:

- allen Menschen wirksamen Schutz und Hilfe gegen diskriminierende Handlungen zu garantieren, die auf Hautfarbe, Nationalität, Kultur oder ethnische Abstammung, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, Sprache, Religion/Glaube oder Weltanschauung, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Identität gründen und erlittene Schäden auf gerechte Weise wieder gutzumachen;

- Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Ausbildung, in den Sozialdiensten und bei der Unterbringung sowie bei der Inanspruchnahme von öffentlichen Dienstleistungen zu verbieten und zu unterbinden;

- im Hinblick auf die Bekämpfung von Vorurteilen und Stereotypen, die zu Fremdenfeindlichkeit führt, wirksame Maßnahmen zu ergreifen und hierbei auch die Bereiche Ausbildung, Kultur und Medien einzubeziehen;

- rassistische und fremdenfeindliche Propaganda oder Handlungen, die über Literatur, die Medien (Presse/Internet, Radio, Musik, Filme etc.) übertragen oder ausgeführt werden, zu unterbinden und/oder zu verbieten;

- die Familienzusammenführung von eingewanderten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erleichtern und sicherstellen, dass die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, insbesondere Frauen, ihre soziale Rechte kennen und leben können;

- das Asylrecht zu garantieren und von kollektiven Abschiebungen abzusehen sowie sicherzustellen, dass niemand in ein Land ausgewiesen, abgeschoben und ausgeliefert wird, in dem die jeweilige Person Opfer von Todesstrafe, Folter, Inhaftierung oder anderen unmenschlichen und entwürdigenden Behandlungen und Bestrafungen werden könnte und dabei insbesondere auf Gewalt zu achten, die Frauen und Kindern zugefügt werden könnte.

- ver.di wird auf dieser Grundlage Bildungsangebote entwickeln und anbieten, die den Mitgliedern den Rücken stärken für eine Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen.

- ver.di mischt sich ein und begreift den „Kampf um die Köpfe“ in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen, rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Haltungen als eines der wichtigsten und zentralen Ziele in der Bildungsarbeit. Dazu gehört die klare Auseinandersetzung mit neoliberaler Politik und jeder Form – auch von auch unterschwelligem Rechtsextremismus – der „Fremde“ zu Sündenböcken stempelt. Dazu gehört es, die Abstiegs- und Existenzängste der Menschen ernst zu nehmen und die Menschen zu Zivilcourage zu ermutigen.

- Die Auseinandersetzung darf nicht

nur auf die Bildungsarbeit beschränkt bleiben, sondern muss als Aufgabe der gesamten Organisation begriffen werden. Wichtig ist deutlich zu machen, dass ver.di Mitglieder gemeinsame Werte verbinden wie: Solidarität, Kampf für demokratische Rechte, für Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, für Gleichheit, für Freiheit; Frieden und soziale Gerechtigkeit über alle Grenzen hinweg.

- ver.di sucht, wo immer es möglich ist, Bündnispartner zu finden in dieser Auseinandersetzung, bei anderen Vereinen, Initiativen und Organisationen.

- ver.di zieht in der politischen Auseinandersetzung einen scharfen Trennungsstrich zwischen der richtigen Verteidigung sozialer und materieller Mindeststandards gegen Unterbietungskonkurrenz auf der einen und rassistischer Umdeutung dieser Konkurrenz auf der anderen Seite zum Beispiel beim Kampf gegen Auslagerung von Unternehmen in andere Regionen.

- ver.di sorgt dafür, dass verstärkt Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund in ehren- und hauptamtliche Funktionen gewählt werden.

- 6. ver.di ruft alle Gewerkschaftsmitglieder, alle demokratischen Parteien und die Öffentlichkeit auf:**

- den Einfluss rechtsextremistischer Bewegungen, Doktrinen, Medien und Politik zurückzudrängen;

- für eine gerechte Behandlung aller Mitglieder und Mitmenschen ungeachtet ihrer Hautfarbe, Nationalität, Sprache, Behinderung, Religion/Glauben oder Weltanschauung, ihres Geschlechtes oder sexueller Identität einzutreten;

- Menschen mit Migrationshintergrund und Vertreterinnen/Vertreter ethnischer Minderheiten zu organisieren und ihre Interessen zu vertreten;

- nach dem Motto „Mach meinen Kumpel nicht an“ und „Rassismus NEIN“ bei allen ihren beruflichen und privaten Tätigkeiten aktiv zu handeln;

- auf rechtspopulistisches Gedanken-gut zur Erlangung politischer Ziele zu verzichten.

- ver.di fordert eine breite Bildungs-reform, die neben der fachlichen und be-ruflichen Qualifikation auf eigene Ur-teilstarkt und Kritikfähigkeit der Aus-zubildenden und Lehrenden setzt sowie ein ausreichendes gebührenfreies Ange-bot an ganztägiger Einrichtungen von der Kinderkrippe über Kindergärten, Vorschulen, Schulen bis zur Universität, die den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung entspricht: mit kleinen Klassen, mit speziellen Angeboten für Kinder und Jugendliche aus sozialen Brennpunkten und mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit Behinde-rungen.

- ver.di fordert das Verbot der NPD und anderer rechtsextremer Parteien und Organisationen.

Arbeitgeber für Stärkung der „Teilrente“. FAZ, Mo. 8.10.07.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) fordern neben anderen, Arbeitnehmern den Übergang in den Ruhestand dadurch zu erleichtern, indem sie eine „Teilrente mit 60“ – unter Inkaufnahme von Rentenabschlägen – in Anspruch nehmen können. Außerdem wird eine Lockerung der Hinzuerdienstgrenzen vorgeschlagen. ZDH und DIHK halten sowohl die starre Stückelung als auch die Beschränkung des Zuverdienstes für überholt. Während der ZDH für höhere Grenzen plädiert, will der DIHK sie ganz abschaffen. In einem Papier des DIHK heißt es: „Alle Renten (Teil- und Vollrenten) sollen mit Abschlägen ab 60 Jahren vorzeitig in Anspruch genommen werden können. Die Abschläge sollten von heute 0,3 auf 0,5 % je Monat heraufgesetzt werden.“ Um zu verhindern, dass eine Teilrentnerin oder ein Teilrentner wegen niedriger Bezüge Anspruch auf die staatliche Grundsicherung habe, müssten vorher Rentenanwartschaften und Vermögensverhältnisse überprüft werden.

Standesvertretungen der Ärzte weisen auf Ärztemangel hin. FAZ, Mi. 10.10.07.

Neben 34 ostdeutschen gelten auch 30 westdeutsche Bezirke als unversorgt. Es fehlen nicht nur Hausärzte, sondern auch Augen-, Frauen-, Haut- und Nervenärzte, was besonders ins Gewicht fällt, weil künftig mit steigenden Patientenzahlen zu rechnen ist, wie die Bundesärztekammer und die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) untersucht haben. Häufig könne die Haus- und fachärztliche Versorgung gemäß dieser Studie nur durch ausländische Ärzte aufrecht erhalten werden. In den nächsten fünf Jahren dürfte sich dieser Zustand weiter verschlechtern, da 41 000 Mediziner ausscheiden würden, jedoch nicht in ausreichendem Maß von jüngeren Ärzten ersetzt würden. „Uns bricht der Nachwuchs weg“, warnte Ärztepräsident J.-D. Hoppe. Obwohl es so viele freie Stellen gebe wie nie zuvor, sinkt die Zahl der Absolventen und jungen Ärzte Jahr für Jahr.

DIHK warnt vor Verlängerung des Arbeitslosengeldbezugs. FAZ, Do. 11.10.07.

Der DIHK appelliert an die Politiker, die beschäftigungspolitischen Erfolge nicht aufs Spiel zu setzen durch eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes – oder wie am Bei-spiel der Post – durch Einführung hoher Mindestlöhne. „Die Dauer der Arbeitslosigkeit steigt, je länger das Arbeitslosengeld gezahlt wird“, so Hauptge-schäftsführer des DIHK, M. Wansleben.

Presseauswertung: rst

Wird Thüringen das erste Ost-Land mit einem Linkspartei-Regierungschef?

Noch sperrt sich die SPD, doch die Zeiten scheinen sich geändert zu haben.

Ein Artikel von Matthias Meisner und Matthias Schlegel im Berliner Tagespiegel vom 14.10.2007

Berlin – Still und weithin fast unberührt hat sich in Thüringen ein politischer Quantensprung ereignet. Für die Sozialdemokraten im Freistaat galt das Liebäugeln mit einer rot-roten Option anderthalb Jahrzehnte lang als schwere Sünde. Sie wurde – wie im Fall des zeitweiligen Innenministers Richard Dewes – gar mit partiointerner Ächtung bestraft. Auch der heutige Thüringer SPD-Fraktions- und -Landeschef Christoph Matschie hatte noch vor der Landtagswahl 2004 ein Bündnis mit der PDS ausgeschlossen.

Die Zeiten haben sich geändert. Erklärtes Ziel der Sozialdemokraten ist inzwischen, die CDU-Regierung um Dieter Althaus 2009 abzulösen – auch um den Preis einer rot-roten Koalition. Seit Mitte September gibt es dazu sogar einen Beschluss des SPD-Landesvorstands. Und in beiden Parteien kursieren bereits Organigramme mit der Postenverteilung in einem rot-roten Kabinett.

Doch nun quält die SPD ein weiteres Problem: Weil bei den letzten Wahlen die PDS stets vor der SPD ins Ziel kam, müssen sich die Sozialdemokraten – und nicht nur die in Thüringen – mit dem Gedanken vertraut machen, vielleicht auch als Juniorpartner der Linkspartei zu fungieren, also unter einem Linkspartei-Ministerpräsidenten. Wird in Thüringen 2009 das letzte ostdeutsche politische Tabu gebrochen?

Christoph Matschie hat einen schweren Stand in seiner Partei mit der kategorischen Ablehnung dieser Konstellation. Zwar konnte er sich im Parteivorstand erst einmal durchsetzen: „Wir wollen 2009 stärkste politische Kraft im Land werden. Eine Koalition mit der Linkspartei wird es nur unter einer sozialdemokratischen Führung geben“, heißt es im Vorstandsbeschluss vom 11. September. Doch am linken Rand der SPD grummelt es beträchtlich. Sollte die Chance, wieder mitregieren zu können, tatsächlich daran scheitern, dass Linkspartei-Spitzenkandidat Bodo Ramelow als Ministerpräsident in die barocke Kurmainzische Statthalterei in Erfurt einzieht? Auf dem SPD-Landesparteitag am 24. November in Schmalkalden dürfte sich an dieser Frage noch einmal eine Debatte entzünden.

Denn auch die jüngsten Umfragen sagen eine komfortable Mehrheit für Rot-Rot voraus – und die Linkspartei hat

wieder die Nase vorn. Das Leipziger Institut für Marktforschung ermittelte Ende August 36% für die CDU, 29 für die Linke und 25% für die SPD. Sechs Wochen zuvor hatte Infratest dimap ähnliche Resultate prognostiziert.

Bodo Ramelow, früher Fraktionschef der PDS im Erfurter Landtag und inzwischen in Berlin Vizechef der Bundestagsfraktion und Bundeswahlkampfleiter, tritt jedenfalls genau mit dem Anspruch auf das Amt des Regierungschefs an. Ein „tüchtiger Ministerpräsident“ solle er werden, sagt sein Chef Gregor Gysi. Sollte die Linkspartei, um Rot-Rot zu ermöglichen, eine SPD-Minderheitsregierung tolerieren und auf das Ministerpräsidentenamt verzichten oder, andere Variante, es vielleicht erst zur Hälfte der Legislaturperiode übernehmen? Gysi wehrt ab: „Es kann nicht gehen, dass wir uns an einer Fälschung des Wahlergebnisses beteiligen. Man darf diesbezüglich nicht käuflich werden, sonst erklären wir uns selbst zu einer Partei zweiter Klasse.“ Dass die SPD nur bereit sei, mit der Linkspartei zu regieren, wenn sie auch den Regierungschef stellen dürfe, findet Gysi „indiskutabel“. Die Sozialdemokraten würden sich mit einer solchen Haltung „politisch lächerlich“ machen.

Auch Ramelow will keine Diskussionen in dieser Richtung zulassen. „Der Wähler entscheidet, wie die Koalition ist. Alles andere halte ich für eine Verhohnepipelung der Wähler.“ Auf „Spielchen“ oder „Manipulationen“ will er sich nicht einlassen: Liegt die Linkspartei vor der SPD, will er Ministerpräsident werden – und sich in diesem Anspruch auch nicht beirren lassen durch Landesvorstandsbeschlüsse der SPD. Zugleich versichert er, auch nur Vizepremier werden zu wollen, wenn die SPD besser abschneiden sollte als die Linkspartei – und erwartet das umgekehrt auch von Matschie.

„Der Spiegel“ veröffentlichte ein Interview mit Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch zur Agenda 2010:

Wie bewerten Sie den Vorstoß von Kurt Beck, der das Arbeitslosengeld für Ältere wieder verlängern lassen möchte? Dietmar Bartsch: Links wirkt. Beck nimmt einen Vorschlag auf, den die Linkspartei vor Monaten schon gemacht hat. Aber erst wollen wir mal sehen, ob die schönen Worte auch in SPD-Politik umgesetzt werden. Mich interessiert nur, ob sich etwas für die Menschen zum Besseren ändert. Oder ob die SPD wieder mal nur schönes Wortgeklingel produziert.

Geht es für Beck um eine Sach- oder eine Machtfrage?
glaube, gehe ich davon aus, dass es ihm

um eine Sachfrage geht. Die Machtfrage muss er der SPD nicht stellen, es gibt kaum Alternativen zu ihm als Parteichef.

Kämpft er weniger um eine sozialpolitische Korrektur, sondern vor allem um ein besseres Wahlergebnis auf dem SPD-Bundesparteitag?

Natürlich hat die Debatte in Richtung längeres Arbeitslosengeld mit dem bevorstehenden SPD-Parteitag zu tun. Er will gut gewählt werden. Aber es geht ihm auch bereits um die Vorbereitung des Wahlkampfs für die Bundestagswahl 2009 und der Landtagswahlen, die im Frühjahr stattfinden. Es geht um den durchsichtigen Versuch, sich wieder als Partei der sozialen Gerechtigkeit in Erinnerung zu bringen.

Kämpft er um seine Autorität, die er vor allem mit der Frage verloren hat, wie die SPD mit der Linkspartei umgehen soll? Mit Becks Autorität ist es nicht weit her. In der Frage, ob die Linkspartei in den Ländern ein Koalitionspartner sein könnte, konnte er sich nicht durchsetzen. Die SPD in den Ländern lässt sich nicht von ihm fremd bestimmen. Seine Autorität reicht dazu nicht aus.

Beck behauptet, sein Vorschlag zum Arbeitslosengeld sei eine Weiterentwicklung der Position, wie sie in der Agenda 2010 fixiert worden sei.

Das ist nun wirklich Unsinn. Mit der Agenda 2010 ist eine falsche Richtung in der Gesellschaft eingeschlagen worden ...

Fusion auch in Bremen vollzogen

Auch in Bremen ist die Konstitution der neuen Partei DIE LINKE am Wochenende formal vollzogen worden ... Auf einem Landesparteitag wurde am Sonnabend die Sozialarbeiterin Cornelia Barth zur Sprecherin des neuen Vorstandes gewählt. Zum Sprecher beriefen die 70 Delegierten ... den finanziell-politischen Sprecher der Linkspartei im Bundestag, Axel Troost. Aus dem mehrstündigen Wahlmarathon ging außerdem Antonie Brinkmann, Juristin und freie Journalistin, als Schatzmeisterin hervor. Komplettiert wird der geschäftsführende Vorstand des Landesverbandes durch den Finanzbeamten Michael Lassowski. Der neue Landesvorstand, der aus insgesamt zwölf Mitgliedern besteht, will am politischen Programm zur Bürgerschaftswahl festhalten ... Der Beschluss über einen dem Parteitag vorgelegten Leitantrag wurde auf eine weitere Tagung des Parteitages im nächsten Jahr verschoben. Dieser „Programmparteitag“ wird im ersten Quartal 2008 stattfinden. (aus ND)

Zusammenstellung: jöd

Wo die Solidarität unter den Menschen aufhört, fängt der Faschismus an

Die extreme Rechte und rechtskonservative Kräfte sind europaweit auf dem Vormarsch. Im europäischen Parlament haben sich die europäischen Rechtsnationalisten (Fraktion Identität, Tradition, Souveränität) zu einer technischen Fraktion zusammengeschlossen. Es ist davon auszugehen, dass sie bei der Europawahl 2009 als einheitliche Liste antreten und im Wahlkampf rechtskonservatives, rechtsextremes und neofaschistisches Gedankengut verbreiten können. In Frankreich wurde Sarkozy mit Parolen wie „Alle Macht den Märkten“ und „Führe dich selbst“ Wahlsieger und konnte sowohl ehemalige linke als auch Le Pen-Wähler für sich gewinnen, in Polen siegte 2005 die national-konservative PiS (Recht und Gerechtigkeit), in Dänemark errang die nationale Dansk Folkeparti 2005 mit Forderungen nach „umfassenden Maßnahmen zur Stärkung des Dänentums“ und einem antiislamischen Wahlkampf 13,2%, in Großbritannien erzielte die British National Party mit ihrer Kampagne „rights for whites“ große Erfolge, in Italien ist mittlerweile ein qualitativer Sprung in das Lager der extremen Rechten vonstatten gegangen. 2002 hat die Lega Nord offen die Ablehnung gegenüber der multiethnischen Gesellschaft erklärt und die „Invasion der Fremden“ als Ursache alles Bösen ausgemacht. Es findet mittlerweile eine Delegitimierung der Resistenza statt, Faschisten werden auf die gleiche Ebene wie Partisanen gestellt und aktuelle neofaschistische Anschläge werden verharmlost.

Vor diesem Hintergrund organisierte die RLS am 28./29.9.07 einen Workshop, der vor allem der Frage nachging, worin die Erfolge der extremen Rechten und rechtskonservativen Kräfte in Europa zu finden sind, was ihre Programmatik und Strategie ist, worin ihre Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen und vor allem, wie einem rechten Vormarsch aus antifaschistischer Sicht begegnet und eine Rückdrängung erreicht werden kann und muss. Eingeladen wurden Sozialwissenschaftler und Historikerinnen aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich und Polen. Dieser Beitrag ist meine persönliche Quintessenz aus diesem Wochenende:

Auf europäischer Ebene, zeitlich unterschiedlich, ist es in den letzten 15 Jahren zu folgenden Veränderungen gekommen: Immer mehr Menschen sind

aus dem kapitalistischen Arbeitsprozess heraus gefallen und von Arbeitslosigkeit bedroht, dabei sind die Reallöhne drastisch gesunken. Gleichzeitig hat sich die Sozialdemokratie von traditionellen Werten verabschiedet und neoliberalen Wirtschaftspositionen angenommen und umgesetzt. Die Bindungskraft von Parteien hat abgenommen und etablierte Parteien bieten keine Lösungsangebote mehr an. Vor allem aber, und das wurde von den Referenten und Referentinnen immer wieder betont, ist die Linke geschwächt und wo vorhanden, bietet sie keine Alternativvorschläge und -lösungen.

Im Wahlverhalten zeigte sich, dass Menschen aus dem traditionellen Arbeitsermilieu nicht automatisch links wählen. Es gibt eine große Enttäuschung in der arbeitenden Bevölkerung, die zu Wahlenthaltung und/oder Protestwahlverhalten führte. Vor allem

lösen. Dabei ist ihre zentrale Ideologie die nationale Frage. Sie greifen die Ängste der Menschen auf, kanalisieren Politik- und Parteiverdrossenheit und münzen diese um. Sie arbeiten mit einfachen Schulduisen (z.B. unsicherer Wohlfahrtsstaat, Terrorismus, Einwanderer und nationale „Verräter“ haben Probleme hervorgebracht) und ihre Lösungsangebote werden ebenfalls radikal vereinfacht („Ausländer raus“).

Die Rechten üben starke Kritik an den herrschenden Parteien und behaupten, dass diese nicht mehr „nach dem Willen des Volkes“ entscheiden würden, sondern nur noch eigene Interessen verfolgen. Sie behaupten weiter von sich, die wahre Vertretung des Volkes zu sein, die weiß, was das Volk will (Appell an das Volk als ethnische und politische Gemeinschaft). Dementsprechend setzen sie sich stark für direktdemokratische Elemente ein, um Anhänger darüber zu



Von links nach rechts: Bernhard Schmid, Gilbert Casasus, Meinhard Meuche-Mäker und Francoise Diehlmann

wählen noch die, die Angst haben, etwas zu verlieren.

Die linken Parteien haben den Rechten ihre Themenfelder überlassen. Zum Teil hat die Linke bestimmte Positionen aufgegeben aus der Furcht, sich damit nicht mehr profilieren zu können (z.B. Migrationspolitik). Die Rechten setzen hier an. In ihrer Analyse ist ihr Platz da, wo die Linke nicht mehr ist. (Die Kommunisten sind weg vom Fenster.) Die Rechten begreifen sich als soziale Bewegung der Zukunft. Die ökonomischen Probleme wollen sie mit Ungleichheit

mobilisieren (z.B. Volksentscheid) und reden von Gerechtigkeit und Fairness. Auch inszenieren sie sich oft als Opfer etablierter Politik.

Die Struktur der Rechten ist äußerst flexibel, da sie autoritär aufgebaut ist und keine innerparteiliche Demokratie hat, aber auch, weil sie inhaltlich verschiedene Positionen vertritt und daher verschiedene Standbeine hat, mit denen sie wirken kann.

Trotz aller Unterschiede der extremen Rechten, rechtspopulistischen und rechtskonservativen Kräfte in den ein-

zernen europäischen Ländern, wiesen die Referenten jedoch auf folgende Gemeinsamkeiten rechter Propaganda hin:

1. Wir sind mehr wert als andere
2. Das Eigene ist in der Substanz bedroht durch das Fremde

Dabei erfolgt die Ab- und Ausgrenzung über die Erhöhung des Selbstwerts und die Bedrohung durch das Fremde sowohl nach außen (Definition über Nation) als auch nach innen (wer gehört zur Nation). Die zentrale Ideologie der Rechten ist es, die eigene Nationalität zu wahren. Sie unterscheiden zwischen national und nicht national und erhöhen ihre eigene Nationalität (z.B. dänische Nationalpartei: die dänische Tradition ist besser als die Tradition der Fremden. Die dänische Tradition muss daher bewahrt und gesichert werden). Dabei tritt das „Fremde“ als Fremdkörper in die Gesellschaft ein und wird als Feind betrachtet. Eine Integration ist ausgeschlossen (z.B. dänische Nationalpartei: „Moslems kommen, um Dänemark zu besiegen“). Feinde sind daher nicht nur die „Fremden“, sondern auch alle, die sich mit ihnen solidarisieren (also Menschen mit internationalem Denken, Freigeister und Menschen, die glauben, dass verschiedene Kulturen zusammenleben können). Diese gelten als Verräter.

Ähnliche Ausgrenzungsmuster sind auch beim Antisemitismus festzustellen. Ein Referent ging auf die Gemeinsamkeiten der extremen Rechten und des islamischen Fundamentalismus ein. Der islamische Fundamentalismus führt ebenso wie die extreme Rechte einen Kampf gegen die Auflösung der bestehenden Werte (Eigentum, Familie, Sexualität). Wenn Dekadenz, Frauenrechte, Homosexualität auch als das Fremde gesehen wird, quasi als „programmierte Invasion“, um die Gesellschaft aus den Angeln zu heben, muss diese aus rechter Sicht bekämpft und ausgegrenzt werden. Rechtsextreme und islamische Fundamentalisten begreifen sich dabei als Bündnispartner gegen den verhassten westlichen Gegner, der diese Werte lebt. In dieser Konstellation stehen Juden außen vor, da sie mit westlichen Werten identifiziert werden. In dieser Denkweise gibt es keinen Ort für Juden. Wird dieses Argumentationsmuster weitergedacht, muss es als Vernichtungsprogramm begriffen werden.

Gleichzeitig hat die Rechte es verstanden, den Verteilungskampf innerhalb der Nation nach unten zu verlagern. Die Ausgrenzungslogik wurde im französischen Wahlkampf angewendet und führte Sarkozy zum Sieg. Mit Parolen wie „Ich bin an der Seite der Franzosen, die früh aufstehen“ oder „Wenn Du mehr arbeitest, wirst Du mehr verdienen“ oder „Ich habe gearbeitet, ich hab es verdient“ oder „Wer arbeitet, hat

es verdient, in den Urlaub zu fahren“ wendete sich Sarkozy nur an die Menschen, die sich zum einen als Franzosen fühlen (nationale Identität), und vor allem an die, die noch Arbeit haben. Die Arbeitslosen sind ihm egal, sie werden zu „Fremden“ in der französischen Gesellschaft erklärt. Sarkozy erreichte dadurch Glaubwürdigkeit und konnte Stimmen auch von Le Pen gewinnen. Die Mindestlohn-debatte der Linken in Frankreich für einen Mindestlohn von 1500 Euro hat gezeigt, dass sich Arbeiter, die 1400 Euro verdienen, gegen den Mindestlohn aussprachen, weil sie sich dann nicht mehr „besser fühlen“ können. „Der, der 1200 Euro verdient, soll nicht das gleiche verdienen wie ich“.

In Frankreich setzten nicht die Menschen auf die rassistische Karte, die mit Einwanderern zusammenleben (z.B. in den getoisierten Trabantenstädten / Banlieues), sondern die, die in der Nähe der Banlieues wohnen. Diese wehren sich sozusagen gegen die „Fremden“, die „Ausländer“.

Auch wenn die extreme Rechte an Stimmen nicht so stark ist, hat sie großen Einfluss auf die Gesellschaft. Konservative Parteien übernehmen europaweit deren Themen und Positionen. Dabei hat die extreme Rechte zwei Gesichter. Die einen begreifen sich selber als Ergänzung zur konservativen und neoliberalen Politik. Um ihre Basis zu mobilisieren und Wählerstimmen rechts von sich zu gewinnen, benutzen konservative Parteien rechtsextreme Themen und Positionen. Die rechte Kritik fungiert so als Korrektiv der etablierten Parteien (z.B. Asylkompromiss). Der andere Teil begreift sich als Bewegung außerhalb des Establishments und wendet sich auch gegen die bürgerliche Elite. Er stellt sich als sozialer Rebell dar und zieht einen klaren Trennungsstrich zu konservativen Kräften.

In der Analyse der Referenten wird die Gefahr mehr bei der Neuen Rechten als bei den Stiefelfaschisten gesehen. Neue Rechte haben sich mittlerweile im rechtsbürgerlichen Lager eingenistet, sie vertreten die nationale Leitkultur und einen patriotischen Antiimperialismus. Sie fungieren als Scharnier zwischen rechtsextremen Positionen und traditionellem Konservatismus. Sie propagieren die Gefahr von außen, von der sich abgegrenzt werden muss, und stellen jegliches fortschrittliche Bewusstsein unter Generalverdacht. Sie stellen sich als demokratisch dar, in dem sie z.B. ausländerfeindliche Demonstrationen ablehnen, gleichzeitig aber fordern oder verabschieden sie Gesetze gegen Einwanderung.

Wo die Rechte stark ist, ist die Linke schwach. Das ist das eigentliche Resümee aus dem Workshop. Alle Referentinnen und Referenten stellten die Schwäche der linken Bewegung in ihren Ländern fest und betonten, dass es

neuer Ideen und neuer Analysen bedarf. Der Blick auf antifaschistische Gegenstrategien kam leider zu kurz. Einig war man sich, dass der gemeinschaftliche Kampf um Toleranz, Integration, Solidarität in den Vordergrund gestellt werden muss und dass es darum geht, die Grundsätze von Gleichheit und Freiheit zu betonen. Es wurde die Bildung breiter Koalitionen begrüßt, um der Bedrohung vom Faschismus zu begegnen. Für die Europawahl 2009 wurde gefordert, sich argumentativ für ein alternatives, fortschrittliches Europa einzusetzen. Es wurde sich gefragt, ob die Linke imstande ist, an einer neuen Hegemonie zu arbeiten, und wie eine linke Strategie aussehen kann, die eine Dynamik in Gang setzt und über eine kleine Protestszenen hinausgeht.

Im deutschen Bundestag wird Rechtsextremismus als Störfall oder Rand-, Jugend- oder Ostproblem behandelt. Es gibt weder eine Kontinuität noch eine Strategie, es wird mit Schuldzuweisungen gearbeitet und mit Gelöbnis, wenn es mal wieder zu einer Hetzjagd gegen Einwanderer gekommen ist. Nach kurzer Zeit ist alles vergessen. Dabei wird mehr auf Repression als auf Prävention gesetzt. Da alle Themenfelder einen Beitrag gegen rechte Positionen leisten müssen, schlug Petra Pau in ihrem Referat eine Querschnittsarbeitsgruppe der Linken vor. Außerdem sollte es auf parlamentarischer Ebene eine/n Beauftragte/n für Demokratie und Toleranz geben. Auf die Frage eines Gastes, wie die Linke denn mit nationalen Positionen in den eigenen Reihen umzugehen gedenke (Lafontaine „Fremdarbeiterthese“, PDS-Bürgermeister, die in seinem Dorf die öffentliche Verbrennung des Anne-Frank-Buches tolerierte), hat Petra Pau geschwiegen.

Solange die Linke keine Antworten auf den kapitalistischen Globalangriff hat, so meine ich, wird sie hinter der Rechten hinterherlaufen, um Schlimmeres zu verhindern. Wir müssen die Mehrheit der Menschen überzeugen, dass ein sozialistisches Modell auch ihnen Verbesserungen bringt, dass Werte wie Gleichheit und Freiheit auch ihnen nützen. Den Anspruch vor sich herzutragen reicht nicht aus. Es nützt nichts, Faschisten nur als Faschisten zu bezeichnen. Keiner ist zu blöde, um zu wissen, was das Beste für ihn und für sie ist. Wir müssen auf die Straße gehen, an die Haustüren klingeln und Menschen von unseren Ideen einer sozialistischen Produktionsweise und gleichberechtigten Verteilung der produzierten Güter zu überzeugen. Und das ist letztlich keine neue Idee.

B.

PS: Voraussichtlich März 2008 erscheint im Dietz-Verlag Berlin eine Publikation, in der auch die Vorträge dieses Workshops aufgenommen sind.

Das letzte Tabu

Es hat einen besonderen Wert, wenn sich bei einer Veranstaltung Forscher und Zeitzeuge mit ihren Beiträgen ergänzen. Dieser Glücksfall lag vor, als am 25.9. im Curiowhaus der Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann und der Historiker Wolfram Wette über „das letzte Tabu“ sprachen. Was gemeint war, ging auch aus dem Untertitel der Veranstaltung noch nicht klar hervor, jener eklichen Äußerung, mit der Filbinger seinerzeit wesentlich dazu beitrug, sich selbst aus dem Amt zu befördern („Was damals Recht war ...“). Wichtig in diesem Zusammenhang der Hinweis Professor Wettes, dass dafür die eigenen CDU-Parteifreunde aus Baden-Württemberg und nicht etwa die Stasi oder irgendwelche Linke dafür verantwortlich waren. But the legend is still alive!

Es ging nicht um Desertion aus der Wehrmacht, sondern um das Thema „Kriegsverrat“ im Zweiten Weltkrieg. Weder die betroffenen Personen noch der Begriff existieren heute noch. Alle unter dem Vorwurf des Kriegsverrats verurteilten Personen sind tot; alle wurden mit dem Tode bestraft; bei keinem wurde die Strafe aufgeschoben, so dass er die Befreiung noch hätte erleben können.

Nach 1945 wurde der Begriff „Kriegsverrat“ nicht mehr gebraucht. Er wurde 1872 in das Strafgesetzbuch eingeführt und bezog sich damals auf relativ klar umgrenzte Tatbestände. Wette selbst sagte in seiner Einleitung, er habe sich, bevor er sich intensiv mit dem Thema beschäftigte, unter „Kriegsverrat“ so etwas wie Spionage zu Gunsten der Kriegsgegner vorgestellt. Diese Konkretisierung verschwand mit dem Militär-Strafgesetzbuch von 1934. Der entsprechende Paragraph wurde zum Terrorinstrument gegen die einfachen Soldaten. (Im Vortrag wurde betont, dass Offiziere sehr viel schonender behandelt wurden. In einem Fall wurde Soldaten zum Vorwurf gemacht, sie hätten ein Flugblatt des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ aus dem Offizierskasino, wo es ausgelegen hatte, mitgenommen; es ist nichts davon bekannt, dass den Offizieren ein Prozess gemacht worden wäre. Der einzige General, der wegen „Kriegsverrats“ angeklagt wurde – von Sedlitz-Kurzbach – wurde in Abwesenheit zum Tode verurteilt.) Entsprechend weit ist das Spektrum der in den 29 untersuchten Urteilen (gegen 63 Angeklagte) erfassten „Delikte“ (dieser

Begriff muss in Anführungszeichen gesetzt werden, weil willkürlich Anklagegründe in angebliche Delikte umgemünzt wurden.): neben politischem Widerstand (hier wäre die in der Nazi-Terminologie so genannte „Rote Kapelle“ zu erwähnen), widerständige Gesinnung (typischerweise wurden nicht nur Taten, sondern auch Gesinnungen bestraft), jüdenfreundliche Akte (so wurde z.B. der Begriff des „Judenschmuggels“ erfunden), Kontakte und Überlaufen zu den Partisanen, Versuch, zu den Armeen der Kriegsgegner aufzunehmen. Selbst diese Aufzählung gibt nur einen unvollkommenen Eindruck von der Willkür der NS-Militärjustiz. In diesem Zusammenhang sollte erwähnt werden, dass auch Todesurteile mit der Begründung ausgesprochen wurden, der Betreffende habe einen derart willkürlich definierten „Kriegsverrat“ nicht angezeigt.

An dieser Stelle berühren sich die Ergebnisse der Forschungen Wettes und die Erlebnisse des Deserteurs Ludwig Baumann. Ludwig Baumann traf einen wegen Kriegsverrats angeklagten Soldaten, Johann Lukaschitz (1919-1944),



In Erfurt wurde 1995 ein Denkmal für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur errichtet.

auf seiner Odyssee durch die Stätten der Verfolgung durch die NS-Militärjustiz. Er selbst war mit einem Kameraden in Frankreich desertiert und zunächst zum Tode verurteilt worden. Lange Zeit verheimlichte man ihm, dass dieses Urteil aufgehoben worden war und er die Freiheitsstrafe „nach Beendigung des Krieges“ (die sich die Nazis als siegreich vorstellten) zu verbüßen wäre. In dieser langen Zeit lag er in Fesseln und musste täglich befürchten, hingerichtet zu werden; er spricht von dieser Zeit als von dem Grauen. Ludwig Baumann hat dieses Grauen überlebt, und trotzdem wäre der Einwand, er sei als Zeitzeuge zum Thema „Kriegsverrat“ fehl am Platz, in zynischer Weise verfehlt: Zum einen ist bekannt, dass wegen „Kriegsverrat“ angeklagte Soldaten nicht überlebt haben, und zum anderen ist darauf hinzuweisen, dass für Ludwig Baumann das Grauen nach 1945 nicht aufhörte.

Er wurde wie alle Deserteure als „Feigling“ diffamiert und mehr als einmal mit unflätigen Ausdrücken belebt, so dass er schließlich aus der Bahn geworfen wurde und dem Alkohol verfiel. (Er spricht bewundernswert offen über diese Lebensphase.) Erst als in der Phase der in den 80er Jahren wiederbelebten Friedensbewegung die Desertion aus der Wehrmacht umgewertet wurde, nahm sein Leben wieder eine positive Wende: Er gründete die Vereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz und erreichte – hierbei unterstützt von Historikern und anderen politisch engagierten Personen – auf einem langen Wege die Rehabilitierung der Deserteure. Ob die wegen „Kriegsverrats“ verurteilten Soldaten posthum rehabilitiert werden, ist noch keineswegs gewiss. Die Justizministerin Zypries zögert; als Gegenargument wird – in völliger Verkenntung der Tatsachen – immer noch die Gefährdung des Lebens deutscher Soldaten durch den „Kriegsverrat“ angeführt. So weit ist es nie gekommen, und selbst wenn es so weit gekommen wäre, dann wäre die Rettung nicht nur von vielen Soldaten, sondern auch von mindestens so viel verfolgten Zivilisten durch einen vorzeitigen Zusammenbruch der Front dem gegenüberzustellen.

Wichtig waren in der anschließenden Diskussion folgende historische Anmerkungen Wettes: Der Vorwurf des „Kriegsverrats“ sei unbedingt im Zusammenhang mit dem Erstarken des Nationalismus im 19. Jh. zu sehen. Zwar haben die NS-Juristen den Begriff ins Uferlose ausgedehnt; ihnen vorausgegangen waren zwar noch nicht in der juristischen Realität, aber schon im juristischen Denken (dasselbe lässt sich für den Bereich der Desertion feststellen) die Rechtswissenschaftler der Kaiserzeit und der Weimarer Republik. Bezeichnend ist die Karriere des Militärjuristen Schwinge, der in der Weimarer Zeit schon die juristischen Vorstellungen propagierte, die er in der NS-Zeit dann exekutierte und in der BRD weiter als Lehrstuhlinhaber vertrat.

So ergänzten sich an diesem Abend die Ebenen des persönlichen Erlebens, der historischen Reflexion und der politischen Schlussfolgerung in gelungener Weise.

Lothar Zieske
(aus: Lokalberichte Hamburg)

Nachbemerkung: Vom 22. Juni bis 1. August 2007 war die Wanderausstellung, die das Thema „Kriegsverrat“ an Hand von Beispielen einzelner Prozesse behandelt, in der Berliner St. Johannes-Evangelist-Kirche zu sehen. Die nächste Station war Köln (bis 21. Oktober). Anschließend wird die Ausstellung in München, Halle, Freiburg und anderen Städten gezeigt. Nähere Informationen unter: <http://www.stiftung-denkmal.de/projekte/wanderausstellung>

Geflohen aus Deutschland – Hamburger Künstler im Exil 1933–1945

Zu Beginn der NS-Diktatur lebten 600 Künstler und Künstlerinnen in Hamburg – 64 von ihnen flohen nach dem Frühjahr 1933 ins Ausland, weil sie sich der Abschaffung der Kunstfreiheit durch die Nazis entziehen wollten oder weil sie wegen ihrer jüdischen Abstammung oder ihrer politischen Überzeugung verfolgt wurden. Erstmals werden hier in einer Sonderausstellung im Museum für Hamburgische Geschichte sämtliche ins Exil getriebenen Künstler und Künstlerinnen aus Hamburg gemeinsam vorgestellt.

Verfolgungen schon ab 1933

Die folgenreichste Veränderung nach der NS-Machtübernahme bestand in der Abschaffung der Autonomie der Kunst. Die pluralistische Kunstszenze wurde 1933 sofort eingeschränkt durch Angriffe, Diffamierung und Ausgrenzung all dessen, was den ideologischen Vorstellungen des NS-Regimes nicht entsprach.

Nach der amtlichen Registrierung in der Reichskultkammer steuerten die Nazis ihre Kulturpolitik von Berlin aus. Künstlervereinigungen wurden gleichgeschaltet. Die „Hamburger Künstlerschaft“ trennte sich allerdings auch sehr folgsam schon Anfang April 1933 von ihren jüdischen Mitgliedern, die „Hamburger Sezession“ löste sich, vor diesel-

be Forderung gestellt, im Mai 1933 selbst auf. Der Hamburger Landesleiter der Reichskultkammer Werner Tiede regierte autoritär, prüfte, genehmigte, nahm auf, schloss aus, verbot. Der gesamte Künstlerstand von nicht weniger als 600 bildenden Künstlern wurde bevormundet und gegängelt.

Gründe für die Emigration

Vier klar zu definierende Gruppen wurden von den Faschisten ausgegrenzt, entreicht, entwürdigt, nach Möglichkeit außer Landes gejagt. Wer nicht emigrierte, musste mit ernsten Konsequenzen, sogar Ermordung rechnen. Von 212 Künstlern, die in Hamburg unter NS-Represalien zu leiden hatten, entschloss sich fast ein Drittel zur Ausreise. Zu ihnen zählten politisch Andersdenkende, besonders links engagierte Künstler, Mitglieder der SPD und KPD, die sofort mit voller Härte verfolgt, gejagt und eingekerkert wurden.

Angehörige nicht genehmer „Rassen“, Osteuropäer, Farbige, vor allem Juden wurden grundsätzlich aus dem Kunstgeschehen ausgeschlossen. Fünfzig Künstler, beinahe ein Viertel aller Verfeindeten, waren rassistisch verfolgt; unter den ins Exil Vertriebenen waren

mehr als 80 Prozent jüdischer Abstammung.

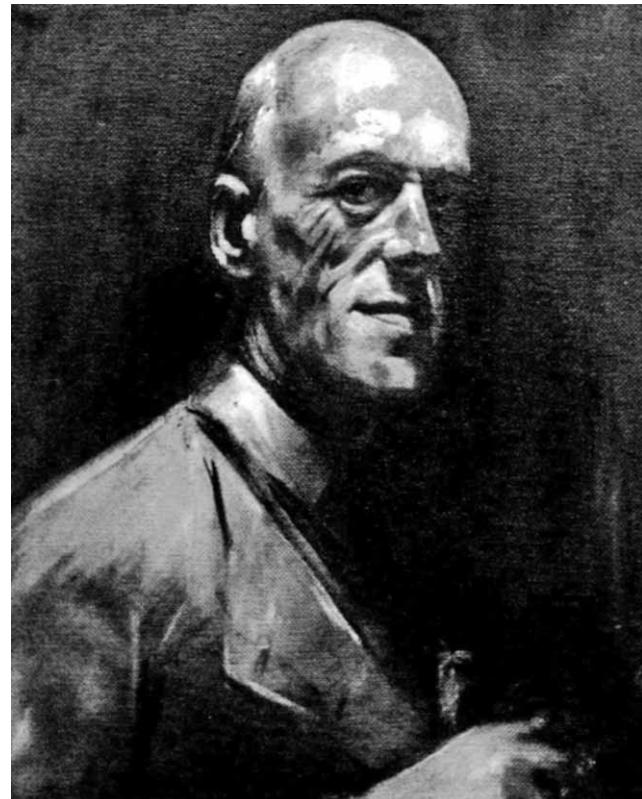
Verfolgt wurden ferner Angehörige bestimmter Minderheiten, unbürgerlich lebende Bohemiens, Antroposophen, Homosexuelle, psychisch Labile und alle, die sich den Forderungen nach Errichtung einer Staatskunst nicht beugen mochten.

Exilländer und Alltag

Bei den 23 Exilländern, die die 64 Künstler ansteuerten, handelte es sich nur in wenigen Fällen um ein Land der freien Wahl. Einige wanderten noch während der NS-Zeit in andere Länder weiter. Die politische Emigration konzentrierte sich in den ersten Jahren vor allem auf Frankreich, das die Exilführung der KPD, und die Tschechoslowakei, die die der SPD aufnahm, sowie die Sowjetunion, in die ausschließlich kommunistische Flüchtlinge gingen. Nach der Annexion Österreichs im Juni 1938 versuchten die westlichen Staaten mit einer restriktiven Asylpolitik, die Flüchtlingsströme aus Deutschland und Österreich von ihren Territorien fernzuhalten.

Die persönlichen Verhältnisse der einzelnen Flüchtlinge erschließen sich aus ihrer Biografie. In Frankreich z.B. fanden die Künstler kaum Arbeits- und Ausstellungsmöglichkeiten, der Kunstmarkt brach zusammen. Trotzdem entstand in keinem anderen Land ein vergleichbares Exilzentrum.

Das Leben im britischen Exil erwies sich ebenfalls als schwierig. Die, die ursprünglich in die USA weiterwandern



Rudolf Jacob Zeller (Exil in Niederlande): Selbstbildnis nach der Befreiung mit orangefarbener Blume, 1944, Öl auf Holz



Susi Lewinsky (Exil in El Salvador): Kaffeelerinnen, undatiert, Öl auf Leinwand



Lore Feldberg-Eber (Exil in Großbritannien): Selbst: 1945, Öl auf Pappe

wollten, konnten ihre Absicht nicht mehr verwirklichen. Beinahe alle wurden aus ihrer beruflichen Bahn geworfen. Die Malerei der Moderne erschien als exotisch. Expressionismus galt als ungezügelt, deutsch und brutal. Neue Sachlichkeit, Surrealismus und abstrakte Kunst waren unbekannt. Sie stießen auf Unbeweglichkeit und Unverständnis der Gesellschaft.

Ausstellung und Begleitband

In Hamburg sind die meisten der 64 Künstler vergessen, mehr als 80 Prozent. Die Ausstellung hat sich zur Aufgabe gemacht, sie wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen. Sie werden präsentiert, gewürdigt und

Ausstellung. Sonderausstellung im Museum für Hamburgische Geschichte, Holstenwall 24: Dienstag – Samstag 10.00 Uhr bis 17.00 Uhr. Sonntag 10.00 Uhr – 18.00 Uhr. Öffentliche, kostenlose Führungen: jeden Sonntag um 14.00 Uhr, ohne Anmeldung. Die Ausstellung geht noch bis zum 9. Dezember 2007.

Leseempfehlung

Afghanistan im Fokus

Die Ziele und Aufgaben der deutschen Militärpolitik hat erneut die Bundestagsdebatte zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan Klarheit geschaf-

Dieser Ausgabe der Politischen Berichte liegt ein Aufruf bei

Die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in und bei der PDS“ strebt ihre Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE an.

In erheblichem Unterschied zur PDS, in der Arbeitsgemeinschaften „in und bei“ anerkannt, unterstützt und mit Rechten ausgestattet wurden, sieht die Satzung der Partei DIE LINKE eine restriktive Handhabung vor. Um als bundesweiter Zusammenschluss anerkannt zu werden, gibt es drei Möglichkeiten, von denen für die ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Be-

durch den Begleitband dokumentiert. Neben ihnen stehen andere ausgewanderte Künstler, die sich nach dem Krieg wieder profilieren konnten und heute überregional bekannt sind. Ausstellung und Katalog vermitteln eine Vorstellung der Verluste, die das kulturelle Leben Hamburgs durch die Emigration von 64 Künstlern in der NS-Zeit erfuhr. Nach Möglichkeit ist jeder Künstler mit einer Biografie und einer Reihe von Werken aus dem Exil 1933 bis 1945, aber auch späterer Arbeiten, vertreten. Kurze Informationen über die Verhältnisse in dem jeweiligen Zufluchtsland geben eine Vorstellung von dem, was Emigranten erwartete. *rua*

Zusammengefasst und dokumentiert aus: Maike Bruhns, Geflohen aus Deutschland – Hamburger Künstler im Exil 1933 – 1945, Begleitband zur

Welt. Obwohl über 70 Prozent der Bevölkerung der deutschen Bundesrepublik „Raus aus Afghanistan“ fordern, hat sich die Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages dagegen ausgesprochen. Die Vierteljahrzeitschrift „WeltTrends“ hat im Vorfeld der Bundestagsentscheidungen der kritischen Öffentlichkeit verpflichtet gefühlt und die Herbstausgabe unter den Titel „Militärmacht Deutschland?“ gestellt. Neun Autoren wurden gewonnen, sich zu diesem seit Monaten diskutierten Thema zu äußern. Benjamin Kleemann (Oldenburg) widmet sich den Auslandseinsätzen im Parteienstreit. Lothar Schröter (Potsdam) äußert sich kontrovers „Über sicherheitspolitische Defizite hierzulande“ und warnt vor neuen Bedrohungen und altes Denken. Dabei verweist er auf die primäre Verantwortung der Kernwaffenmächte und den Zwang des Völkerrechts. Florian Kühn (Hamburg) fordert „Mehr Politik“, mehr öffentliche Debatte und mehr Problemdiagnostik. Über die Rolle der Bundeswehr im Kosovo und ihre „funktionellen Herausforderungen dieses Einsatzgebietes“ und die „Kernziele der deutschen Nation-Building-Bemühungen“ denken Axel von Hoerschelmann (Potsdam) und Bernhard Voget, Göttingen, nach. Dass die „Deutsche Militärpolitik im Umbruch“ ist, belegt Lutz Kleinwächter. Gerhard Kümmel vom Institut der Bundeswehr in Strausberg behauptet: Es ist, wie es ist: Deutschland ist Militärmacht! Eine Chronologie der Auslandseinsätze der Bundeswehr seit 1990 und ein statistischer Überblick über die Struktur der Einsatzkräfte vervollständigt das Kompendium.

Franz-Karl Hitze

WeltTrends – Zeitschrift für Internationale Politik und vergleichende Studien. Ausgabe 56, Herbst 2007, 192 Seiten, Preis 9,50 Euro (Abo 40 Euro), Bezug: WeltTrends, Universitätsverlag Potsdam, PF 601563, 14415 Potsdam; E-Mail: bestellung@welttrends.de

freiung“ gegenwärtig eine realistisch ist. Wir werden als bundesweiter Zusammenschluss dann anerkannt, wenn wir in mindestens acht Landesverbänden ein Zweihundertstel der Mitglieder repräsentieren. Grundlage sind die Mitgliederzahlen per 31.12.2006, das heißt konkret, dass folgende Mindestzahl von Mitgliedern der LINKEN ihre Zugehörigkeit zur ArGe erklären muss:

Baden-Württemberg	9
Bayern	8
Berlin	48
Bremen	2
Hamburg	4
Hessen	8
Niedersachsen	10
NRW	21

Rheinland-Pfalz 5
Schleswig-Holstein 3

Alle Mitglieder der ArGe und Teilnehmer/innen der Linken Schule sind gefragt, die beiliegende Erklärung zu unterzeichnen. Sofern sie bisher der Partei DIE LINKE. nicht angehören, bitte ich die Möglichkeit des Eintritts ernsthaft zu überprüfen, damit die ArGe die nötigen Voraussetzungen für ihre Anerkennung vorweisen und ihre Arbeit als bundesweit anerkannter Zusammenschluss fortsetzen kann. Die Unterlagen müssen bis zum 30.11. bei der Bundesgeschäftsstelle eingereicht sein; die Zeit drängt.

Christiane Schneider, Sprecherin der ArGe „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“

18. bis 21. Oktober. Cottbus. 2. Sozialforum. Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur. Das Sozialforum in Deutschland ist Teil des Weltsozialforums und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre. Näheres: www.sozialforum2007.de.

19. Oktober Lübeck. Wohnungs(bau)genossenschaften in Zeiten des Privatisierungswahns. Konferenz der Bundesfraktion der Linkspartei. Beginn 10.30. Näheres: <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7739113275.pdf>

20./21. Oktober. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Landesparteitage Die Linke.

22. Oktober. Berlin. Arbeit familienfreundlich gestalten. Konferenz der Bundestagsfraktion der Linken. Clara-Zetkin-Saal, Reichstagsgebäude.

26 bis 28. Oktober. Hamburg. SPD-Bundesparteitag. Vorstandswahlen und Beschluss über ein neues Programm.

2. bis 4. November. Hamburg. Energiepolitische Konferenz der Fraktion der Linkspartei im Bundestag.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall mit Vorstandswahlen.

7. bis 9. November. Potsdam. Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung. Nähere Info: www.bagw.de.

9./10. November. Hannover. Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist. Bundesweite Konferenz der Partei und Bundestagsfraktion Die Linke. Hannover Congress Centrum (HCC), Theodor-Heuss-Platz. Die „Verteidigung des Öffentlichen“, d.h. der politische Einsatz für den Erhalt, die Stabilisierung und Ausweitung der öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen, insbesondere derjenigen, die zur Sicherung der Daseinsvorsorge und sozialen Teilhabe notwendig sind, gegen Privatisierungsbestrebungen; der politische Einsatz für die sachgerechte, problemlösungsorientierte (Um-)Gestaltung der öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen; das Herstellen von Transparenz und demokratisch legitimierter Steuerung der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen; der politische Ausgleich zwischen den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer öffentlicher Einrichtungen/Dienstleistungen, den Beschäftigten und der Allgemeinheit; gehört zu den zentralen politischen Schwerpunkten der Linken. Das Öffentliche, die Aufgaben und die Struktur des Staates, des Gemeinwesens steht im Mittelpunkt linker Politik.

9.-11. November. Esslingen. Bundesweiter Frauenworkshop der Partei Die Linke.

23. bis 25. November. Hamburg. 1. Bildungspolitische Konferenz der Partei Die Linke.

23. bis 25. November. Nürnberg. Bündnis 90/Die Grünen, Bundesdelegiertenkonferenz.

23. bis 25. November. Prag. II. Kongreß der Europäischen Linkspartei.

24. November. Berlin. Beratung der BundesAG Kommunalpolitik gemeinsam mit der AG Wirtschaftspolitik der Partei Die Linken. Schwerpunkt: Kommunales Eigentum. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1.

30. November. Oldenburg. ALSO goes WISSENSCHAFT: „Wie Erwerbslosigkeit die Gesellschaft verändert“. Symposium anlässlich des 25-jährigen Bestehens der ALSO, Ar-

beitslosenselbsthilfe Oldenburg. 9 bis 22.30 Uhr, BIS-Saal der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.

2. Dezember. Frankfurt. Mitgliederversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, siehe Einladung Pol. Ber. Nr. 20 auf Seite 18.

2. bis 4. Dezember. Hannover. CDU: 21. Parteitag (Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms)

13. Januar. Berlin. Liebknecht-Luxemburg-Gedenken.

21. Mai 2008. Osnabrück. 97. Deutscher Katholikentag.

24./25. Mai. Ort noch offen. 1. Parteitag der Partei Die Linke.

31. Mai. München. 59. ordentlicher Bundesparteitag der FDP

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Sept.	Bayern	Landtag	28.9.	5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html